

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 3,00 M. Im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Ferner Bräutigam“, „Tschit“, „Bild in die Wälder“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
23. Dezember 1930

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompensationsleistung 40 Pfennig, Restanteile 2.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des eingedruckten Wortes 25 Pfennig (gültig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, montags bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Hauptredaktion: Köpenicker Str. 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dr. B. u. Disk.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Wirth vergleicht sich mit Fricke.

Die Polizeigelder für Thüringen freigegeben.

Leipzig, 22. Dezember.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes teilt folgendes mit:
Die in der Presse angekündigte Besprechung in dem Streitverfahren zwischen dem Reich und Thüringen wegen Sperrung der Polizeizuschüsse hat heute stattgefunden. An der Besprechung haben außer dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke, teilgenommen für das Reich; der Reichsminister des Innern, Herr Dr. Wirth, der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern, Herr Zweigert, der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Herr Dr. Pänder, und Herr Ministerialdirektor Dr. Menzel, und für Thüringen der Vorsitzende des Staatsministeriums, Herr Staatsminister Baum, und Herr Ministerialrat Dr. Gunt.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes unterbreitete den Beteiligten folgenden Vergleichsvorschlag:

Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Frage, ob und inwieweit die NSDAP. umstürzlerische oder sonst strafbare Ziele verfolgt, im Rahmen des gegenwärtigen Verfahrens nicht ausgetragen werden kann und soll. Der Standpunkt, den jede Partei zu dieser Frage einnimmt, wird durch diesen Vergleich und die in ihm abgegebenen Erklärungen in keiner Weise berührt. Die Parteien gehen davon aus, daß die grundsätzliche Frage demnächst in einem anderen vor dem Reichsgericht schwebenden Verfahren einer Klärung zugeführt werden wird.

Das Reich hebt die Sperrung der Polizeizuschüsse auf; die bisher einbehaltenen Beträge werden nachgezahlt. Das Land Thüringen nimmt seinen Antrag vor dem Staatsgerichtshof zurück.

Das Land Thüringen erkennt wiederholt die Verpflichtung an, dafür Sorge zu tragen, daß der unpolitische Charakter der Schutzpolizei als Ganzes wie auch das unpolitische Verhalten des einzelnen Beamten im Dienst unbedingt gewährleistet wird. Demgemäß wird die thüringische Regierung bei der Anstellung, Beförderung und Versetzung von Polizeibeamten nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern nur nach den Gesichtspunkten der Eignung und des dienstlichen Interesses verfahren. Die Parteien sind einig, daß hiermit eine grundsätzliche Abklärung der Einstellung von Sozialdemokraten ebenso unvereinbar ist wie eine Weitergabe von Bewerberlisten an eine Parteiorganisation zwecks Feststellung der Parteizugehörigkeit.

Die Gewähr für die Einhaltung dieser Verpflichtungen übernimmt das thüringische Staatsministerium in seiner Gesamtheit.

Der Frage, ob die Grundzüge und Vereinbarungen, auf Grund deren die Polizeikostenzuschüsse an die Länder gezahlt werden, eine rechtliche Zahlungspflicht oder nur eine politische Bindung des Reiches begründen, wird durch diesen Vergleich nicht vorgegriffen.

Dieser Vorschlag wurde nach längerer Aussprache von den Beteiligten angenommen.

Die Untersuchung des Falles Fricke hatte wesentliches Material ergeben. Es hatte sich herausgestellt, daß Herr Fricke die Listen der Bewerber für Polizeistellen einem seiner Parteifreunde ausgehändigt hat. Herr Fricke hat kein Hehl daraus gemacht, daß für ihn rechtsradikale Gesinnung Vorbedingung zur Einstellung in den Polizeidienst sei. Das gute Recht, ja die Pflicht des Reiches zur Sperrung der Polizeizuschüsse stand vor jeder Entscheidung des Staatsgerichtshofes fest.

Das Reichsinnenministerium gibt trotzdem die Polizeigelder für Thüringen frei. Es hat sich auf einen Vergleich eingelassen, dessen wesentlichstes Bestandteil die Einstellung der Reichsaktion gegen Fricke ist. Die gesperrten Polizeigelder werden nachgezahlt. Der Druck des Reiches auf das System Fricke hört auf.

Die Freigabe der Polizeigelder ist an Bedingungen und Garantien geknüpft.

Die Bedingungen bestehen darin, daß Herr Fricke sich künftighin so verhalten soll, wie ein republikanisches Reichsinnenministerium, dem der Schutz der Reichsoberfassung anvertraut ist, es fordern muß. Was Herr Fricke inzwischen getan hat — die Einsetzung nationalsozialistischer, also verfassungseindlicher Polizeileiter, die nationalsozialistische Beeinflussung der Thüringer Polizei — wird jedoch nicht im mindesten zurückgenommen.

Für das künftige Wohlverhalten von Herrn Fricke werden Garantien gegeben. Aber wer übernimmt sie? Herr Fricke übernimmt sie nicht, sondern „das thüringische Staatsministerium in seiner Gesamtheit“. Das ist eine magere Garantie. Herr Fricke hat bisher auf das thüringische Staatsministerium in seiner Gesamtheit gepfiffen. Herr Fricke konnte bisher immer mit der Furcht seiner Koalitionsgenossen vor Neuwahlen rechnen. Er hat sie bisher immer noch kleingetriegt. Wollen die Volksparteiler und das Landvolk in Thüringen sich nunmehr ändern? Wollen sie Herrn Fricke, der durch das Verbot des „Saalfelder Volksblattes“ eben erst gezeigt hat, wieviel Wert er auf die Gesetze und auf die Urteile des Reichsgerichts legt, künftighin auf die Finger sehen und sich aus der Hörigkeit freimachen? Nachdem Herr Dingeldey, der neue Führer der Deutschen Volkspartei, die Haltung seiner Thüringer Parteifreunde gegen den Reichsinnenminister Wirth unterstützt hat, muß der innere Wert dieser Garantien sehr stark angezweifelt werden!

Nach diesem Ausgang des Streites zwischen dem Reich und Herrn Fricke müssen die Republikaner Herrn Fricke noch mehr als bisher auf die Finger sehen. Was von ihm zu erwarten ist, ergibt sich aus seiner Bergangenheit, und die Methoden, die er übt, sind in der bayerischen Verwaltung in den Jahren 1922 und 1923 ausprobiert worden. Die Republikaner haben diese Jahre nicht vergessen, und sie werden deswegen Herrn Fricke sehr genau beobachten!

10 Jahre Prohibition.

Ein ernstes Problem.

Von Reinhard Strecker.

Genosse Strecker, der als Sachmann auf dem Gebiet der Alkoholbekämpfung bekannt ist, schickt uns zu dem Wuffah „Zehn Jahre Prohibition“ in Nr. 591 des „Vorwärts“ die folgenden Ausführungen:

Das Ergebnis der amerikanischen Wahlen sieht in Zahlen so aus: Die Anhänger der Aufhebung des Alkoholverbotes haben 40 Stimmen im Abgeordnetenhaus genommen, so daß sie jetzt 130 bei einer Gesamtzahl von 435 Mitgliedern zählen. Da eine Zweidrittelmehrheit notwendig wäre, um einen Antrag für Aufhebung der Prohibition im Unterhaus durchzubringen, so sieht man, daß der Weg bis dahin noch ziemlich weit ist. Eine Zweidrittelmajorität des Unterhauses würde aber längst noch nicht die Aufhebung der Prohibition bedeuten. Dazu müßte erst auch noch der Senat gehört werden. Im Senat aber ist die Zahl der Anhänger der Prohibition auch nach der Wahl die alte geblieben. Würden Unterhaus und Senat für Aufhebung der Prohibition sein, dann ginge die Angelegenheit erst an die Ober- und Unterhäuser der 48 Bundesstaaten, also insgesamt an 96 Parlamente. Auch da dürfte es nicht ganz einfach sein, die jetzigen Mehrheiten für die Prohibition in Minderheiten zu verwandeln. Wenn übrigens ein Bezirksrichter im Staate New Jersey den 18. Verfassungszusatz für rechtlich ungültig erklärt, da es sich bei ihm „um eine Einschränkung der Rechte der Bürger“ handle, so steht das ungefähr auf derselben Höhe, als wenn gewisse deutsche Juristen die Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung anzweifeln.

Die wahre Geschichte der Prohibition, die man am besten in der wissenschaftlichen Arbeit von Dr. Martha Küppensbuch „Das Alkoholverbot in Amerika“ nachliest, ist die, daß in den Vereinigten Staaten seit etwa einem Jahrhundert eine gewaltige, auf Millionen Mitglieder angewachsene Enthaltensbewegung besteht. In Deutschland zählt diese Enthaltensbewegung auch heute kaum über 150 000 organisierte erwachsene Mitglieder. Die Ursachen für diesen Unterschied festzustellen würde bedeuten, eine besondere kulturpolitische Abhandlung schreiben. Es ist ein starkes soziales Verantwortungsbewußtsein, das in dieser Bewegung steckt. Und nicht vergessen sollte man auch, daß eine der Wurzeln des amerikanischen Alkoholverbotes in der viel weiter als in Europa entwickelten Technik zu suchen ist. Sowohl die Arbeit am laufenden Bande, wie der unheimlich anschwellende Automobilverkehr machen völlige Nüchternheit mehr und mehr zur Notwendigkeit.

Die starke Enthaltensbewegung hat in den Vereinigten Staaten schon in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zu entschieden alkoholgegnerischen Maßnahmen, in einzelnen Staaten auch schon zu Verboten geführt. Als das Verbot für die gesamte Union Gesetz wurde, konnten 33 von den 48 Staaten schon auf eigene Erfahrungen mit der Prohibition zurückblicken. Der Alkoholkonsum betrug in den Vereinigten Staaten in den Jahren von 1906 bis 1910 im Jahresdurchschnitt pro Kopf der Bevölkerung 6,89 Liter reinen Alkohol im Gegensatz zu Deutschland mit 7,47 Litern; England mit 9,67 Litern und Frankreich mit 22,95 Litern. Ueber den gegenwärtigen Alkoholkonsum in den Vereinigten Staaten liegen einerseits Statistiken des Prohibitionsamtes in Washington, andererseits eine vom „Berein zur Bekämpfung der Prohibition“ vor. Nehmen wir an, daß die amtliche Statistik zu prohibitionsfreundlich sei, so darf man gewiß von der anderen Schätzung mit demselben Recht annehmen, daß sie nach der entgegengesetzten Seite hin zu färben in Versuchung ist. Die amtliche Schätzung nimmt einen Verbrauch von 3 1/2 Milliarden Litern alkoholischer Getränke an, die Schätzung der Prohibitionsgegner kommt auf 4 1/2 Milliarden Liter. Nehmen wir das Mittel zwischen diesen beiden Schätzungen, so hätten wir zur Zeit einen Jahresverbrauch von 2,39 Liter reinen Alkohol pro Kopf der Bevölkerung. Der deutsche Konsum beläuft sich zur Zeit nach amtlicher Feststellung auf 4,49 Liter (wobei nicht mit erfährt wird, was im Haushalt, in der Kleimbrennerei und auf ungesetzlichem Wege hergestellt und vertrieben wird).

Die gegenwärtigen Zustände in den Vereinigten Staaten wird ohne Zweifel auch kein Alkoholgegner für ideal halten. Sicher aber ist, daß man bei der Beurteilung des Alkoholverbotes auseinanderhalten muß die Folgen des Verbotes und die Folgen seiner Uebertretung. Darüber, daß die Folgen des Verbotes an sich, das heißt der Ausschaltung des Alkohols aus der amerikanischen Volkswirtschaft, unsprünghlich segensreich gewesen sind, ist ein Zweifel nicht möglich. Alle

Ein neuer Fall Jäschkowik.

Militärische Nachübungen der Hafent Kreuzer bei Breslau.

Breslau, 22. Dezember.

Auf dem heute abgehaltenen Kreistag des Landkreises Breslau brachte die sozialdemokratische Fraktion folgende Anfrage ein:

In den letzten Tagen ziehen wieder Truppen von Nationalsozialisten von Breslau nach dem Pawelwitzer Gelände, um dort ihre Nachübungen abzuhalten. Bei solchen Übungen ist auch geschossen worden. Aus Anlaß der Vorgänge bei Jäschkowik erscheint es geboten, dieser Soldatenpielerei Aufmerksamkeit zu schenken. Nach den Übungen zogen diese Truppen geschlossen durch die Ortschaften des Kreises und verübten durch Abfingen ihrer Kampflieder ruhestörenden Lärm. Wir fragen daher: Sind dem Herrn Landrat diese Vorgänge bekannt? Ist der Herr Landrat bereit, die friedliche Bevölkerung des Kreises gegen diese Ruhestörer zu schützen?

Landrat Bachmann erklärt auf diese Anfrage, von den angeblichen neuen Übungen keinerlei Kenntnis zu haben. Die Sorge für Ruhe und Sicherheit der Kreisbewohner betrachte er als seine vor-

nehmste Pflicht. Eine Beschlußfassung über diese Anfrage sei leider mangels Zuständigkeit nicht möglich.

Spanische Gewerkschaften protestieren.

Telegrammwechsel mit dem IGB.

Amsterdam, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Dem Internationalen Gewerkschaftsbund ging am Montag ein Telegramm des spanischen Gewerkschaftsbundes zu, in dem der Entrüstung über die Verhaftung führender Mitglieder der spanischen Gewerkschaftsbewegung und die sonstigen Regierungsmassnahmen Ausdruck gegeben und erklärt wird, daß der moralische Mut der spanischen Arbeiter nicht erlahmen werde.

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtete an die spanische Gewerkschaftszentrale ein Telegramm, in dem mit Genugtuung zum Ausdruck gebracht wird, daß sich die spanische Gewerkschaftsbewegung bei den gegenwärtigen Wirren in Spanien von den Grundzügen politischer Klugheit habe leiten lassen.

Statistiken über die ersten Jahre nach der Einführung des Verbots beweisen die gleichen günstigen Erfahrungen, die man übrigens während des Krieges auch in Deutschland und in anderen europäischen Ländern mit der gesetzmäßigen Einschränkung des Alkoholkonsums gemacht hat. Ich verweise zum Beispiel auf das Buch der Münchener Psychiater „Die Wirkungen der Alkoholknappeit während des Weltkrieges“. Die negativen Folgen wurden aber nach und nach stark erschüttert durch das Wiederaufkommen des Alkoholkonsums, was bei uns durch seine legitime Wiederzulassung in den Vereinigten Staaten durch die Übertretungen des Verbotsgesetzes im Zusammenhang mit der Organisation des Schmuggels und mit der Propaganda des internationalen Alkoholkonsums gegen den Verbotsgedanken geschah. Das Problem ist also nicht, ob die Ausschaltung des Alkohols ein Vorteil oder ein Nachteil ist, sondern nur, ob es einem modernen Kulturvolk zuträglich ist, daß es wirklich die Ausschaltung des Alkoholgewerbes aus seiner Wirtschaft fertig bringt oder nicht.

Das Alkoholverbot soll die Bundesregierung bis zum Frühjahr 1930 weit über 400 Millionen Dollar gekostet haben, und soll in 10 Jahren die Steuereingänge um etwa 3 Milliarden Dollar verringert haben. Letztere Rechnung stimmt auf keinen Fall, denn was das Alkoholgewerbe an Steuern weniger aufbringt, das bringen andere Gewerbe mehr auf, sobald ihnen die sehr beschwerliche Konkurrenz der Kneipen vom Halbe geschafft wird. Im übrigen kostet der deutsche Volkswirtschaft unser Alkoholkonsum nach Abrechnung aller Reichsteuern und positiven Werte 5 1/2 Milliarden Mark in einem Jahr. Das Nähere darüber möge man in der Schrift des Berliner Volkswirtschaftlers Dr. Alexander Eister „Das Konto des Alkohols in der deutschen Volkswirtschaft“ nachlesen. Der Alkoholschmuggel soll 260 Personen bis jetzt das Leben gekostet haben. Wieviel Schmuggler und Zollbeamte verlieren ihr Leben beim Schmuggel mit Waffen oder mit anderen Waren? Der Kampf gegen Gesetzesübertretungen fordert leider überall seine Opfer. 550 000 Personen sind wegen Übertretung der Prohibitionsbestimmungen verhaftet worden, im letzten Berichtsjahr 80 000. Wäre es nicht ebenso interessant, die Zahl der Verhaftungen in Deutschland zu kennen, die wegen nächtlicher Ruhestörung, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt usw. infolge übermäßigen Alkoholgenußes erfolgten? 230 000 Personen sind wegen Übertretung des Verbotsgesetzes ins Gefängnis gewandert. Wie groß ist wohl die Zahl derjenigen, die in deutschen Gefängnissen sitzen und in der Hauptsache dem Alkohol ihr trauriges Geschick verdanken? Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, öfters in Gefängnissen zu sprechen hat und mit Straftaten zu tun bekommt, der kann ein Lied davon singen. Die Zahl der alkoholischen Krankheitsfälle wird von den Sanitätsbehörden in den Vereinigten Staaten auf 35 000 im Jahre 1929 beziffert. Um über diese Zahl urteilen zu können, müßte man schon genauer wissen, was hier unter „alkoholischen Erkrankungen“ verstanden ist. Die ersten Jahre nach Einführung des Verbotes zeigten jedenfalls einen Rückgang der spezifisch alkoholischen Erkrankungen, zum Beispiel bei Leberzirrhose um über 50 Proz. Nach den Feststellungen der 37 führenden Versicherungsgesellschaften in den Vereinigten Staaten war das Jahr 1921 das gesündeste, das sie bis dahin erlebt hatten. Für Deutschland (67 Millionen Einwohner) gegen 122 Millionen der Vereinigten Staaten) verzeichnet das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches von 1930 für das Jahr 1928 Krankenzugänge an Alkoholismus und Säuferei in den allgemeinen öffentlichen Krankenhäusern: 6171; in den Anstalten für Geisteskranke: 15 106. Hierbei sind natürlich zahlreiche alkoholische verursachte Krankheiten (Herz-, Magen-, Nierenleiden usw.) nicht erfasst. 36 000 Geheimneipen in New York sind mir oft vorgehalten worden. Bis jetzt hat mir aber noch niemand verraten, wer eigentlich diese Zählung vorgenommen hat. Auch meine Frau und ich haben solche Geheimneipen während unseres neunmonatigen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten kennengelernt. Was auf uns aber weit stärkeren Eindruck machte, waren die großen alkoholfreien Gaststätten, die Lunch-Rooms, die Club-Restaurants, die Cafeterias, auch die Gewerkschaftshäuser nicht zu vergessen. Was die Vereinigten Staaten auf alle Fälle beweisen, ist die Möglichkeit der Umstellung des Gasthauswesens auf den alkoholfreien Betrieb. Den Unterschied zwischen deutschen und amerikanischen Verhältnissen kennzeichnet man wohl am besten so, daß man feststellt: bei uns muß man nach alkoholfreien Gaststätten suchen, während man da drüben nach den Alkoholfreistätten suchen muß; bei uns sind die alkoholfreien Gaststätten im allgemeinen leider nicht gerade erstklassig, in den Vereinigten Staaten gilt das gleiche für die Alkoholfreistätten.

Für die wissenschaftliche Lösung des Problems „Alkoholverbot“ muß auf alle Fälle beachtet werden, daß die Zeit für endgültige Feststellungen noch nicht gekommen ist. Einer Jahrtausende alten Trinktradition steht jetzt erst ein Jahrzehnt der Erfahrung mit dem Alkoholverbot gegenüber. Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus müßte man wünschen, daß das amerikanische Experiment möglichst lange mit Erfolg durchgehalten würde. Nur so ließe sich ausreichendes Vergleichsmaterial gewinnen. Der bekannte amerikanische Volkswirtschaftler Professor Irving Fisher äußert sich in zwei Büchern, deren eines „Die Krise der Prohibition“ schon in deutscher Uebersetzung vorliegt (Reuland-Verlag, Berlin), während die Uebersetzung des anderen „The noble experiment“ in Vorbereitung ist. Er erklärt die Schwierigkeiten der Durchführung des Alkoholverbots hauptsächlich daraus, daß die öffentliche Meinung in Amerika noch nicht reif genug für diesen letzten Schritt gewesen sei. Die entsprechenden Konsequenzen aus dem Zustande der öffentlichen Meinung bei uns in Deutschland wird jeder nüchterne Politiker zu ziehen wissen. Die planmäßige Stimmungsmache gegen den Verbotsgedanken mitzumachen hat aber wohl der verantwortungsbewusste Sozialist deshalb doch keine Veranlassung.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat hat für das Jahr 1931 Bürgermeister Rudolf Koh (Soz.) zum ersten Bürgermeister und Bürgermeister Dr. Carl Petersen zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Zwischen Krieg und Frieden.

Henderson: Abrüstung jetzt oder nie.

London, 21. Dezember.

Außenminister Henderson erklärte in einer durch Rundfunk verbreiteten Rede: Wir haben zwischen Frieden und Krieg, zwischen Zusammenarbeit und Konflikt zu wählen. Wir müssen unsere Wahl jetzt treffen, denn wir können es uns nicht leisten, sie zu verschleppen. Wenn wir das Gebäude des Weltfriedens nicht auf fester Grundlage errichten, bevor die Erinnerung an den letzten Krieg verschwunden ist, so werden wir früher oder später, und zwar wahrscheinlich eher früher als später, eine Stillstille erleben, die die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen und alle Werte der abendländischen Zivilisation verschlingen wird. Es besteht gegenwärtig eine Atmosphäre der Spannungen und in einigen Schichten lebhafteste Furcht. Ich bin überzeugt, daß niemand den Krieg will und den Krieg plant, und daß es niemand gibt, der nicht begreift, daß ein Krieg ein Unglück für alle bedeutet. Wenn die gegenwärtige Wirtschaftskrise beendet und die normale Lage wiederhergestellt ist, werden wir sehen, daß wir im Verlaufe des Jahres 1930 viel erreicht haben. Henderson besprach dann den Vertragsentwurf für die Abrüstungskonferenz und betonte, daß dieser Entwurf zwar nicht vollkommen sein möge, aber daß er dennoch ein wirksames Instrument darstelle.

Henderson wies auf die Haager Konferenz hin und schloß: Wir Engländer haben unsere Zustimmung zu der Befestigung des Rheinlandes gegeben. Können Sie sich eine Maßnahme vorstellen, die eher geeignet ist, die Kriegsepoche zu beenden?

Abrüstungsauftrag Lord Cecil's.

London, 21. Dezember.

In einem von der englischen Völkerbundsvereinigung veröffentlichten Aufruf zur Abrüstung erklärt Viscount Cecil: Das Jahr 1931 verspricht für den Völkerbund kritisch zu werden, denn von der Gestaltung der öffentlichen Meinung während des kommenden Jahres wird es abhängen, ob die erste Weltabrüstungskonferenz, deren Einberufung wahrscheinlich auf den Beginn des Jahres 1932 festgelegt werden wird, zur Farce wird oder greifbare Ergebnisse zeitigt.

Entweder die Konferenz kommt zum Abschluß eines Vertrages, der die Rüstungen für alle Waffengattungen so wirksam bekämpft, wie Artikel 8 der Völkerbundscharta klar beabsichtigt und von den Mittelmächten im voraus durchgeführt worden ist, oder das gesamte Gebäude des internationalen Friedens wird in seinen Grundfesten erschüttert. Den von der Vorbereitenden Kommission verfaßten Vertragsentwurf bezeichnet Lord Cecil als nicht vollkommen. Er könne aber die Grundlage für einen wirksamen Abrüstungsvertrag bilden. Von dem größten Wert wäre es, wenn bis zur Eröffnung der Konferenz die öffentliche Meinung von der Notwendigkeit einer allgemeinen Rüstungsherabsetzung überzeugt werden könnte, so daß sie von den Regierungen erwartet, daß diese sich für die Einsetzung so niedriger Ziffern wie nur irgend möglich in den Vertragsentwurf bemühen. In dieser Hinsicht haben die Führer religiöser wie politischer Bewegungen eine schwere Verantwortung und eine große Gelegenheit.

Rat und Abrüstungskonferenz.

Das Januarprogramm, Curtius Vorsitzender.

Genf, 22. Dezember.

Für die 62. Tagung des Völkerbundesrates wird vom Völkerbundssekretariat die Tagesordnung bekanntgegeben und den Ratsmitgliedern mitgeteilt. Wie das Sekretariat hervorhebt, werden auf dieser Tagung, die am 19. Januar beginnt und vom deutschen Reichsaussenminister Dr. Curtius präsiert wird, eine Reihe wichtiger politischer Fragen zur Entscheidung gelangen. Bekanntlich sind die wichtigsten dieser Fragen die Festsetzung des Termins für die Abrüstungskonferenz, die Behandlung der drei deutschen Vorschläge über die polnischen Territorien, verschiedene Minderheitenbeschwerden, die ostafrikanische Vertrauensfrage und die Berichterstattung über die zweite Genfer Zollfriedenskonferenz gemäß den Ergebnissen des Studienausschusses für die europäische Union.

Entrüstung über Grzesinski.

Er soll etwas gesagt haben.

Spiegel in der Sozialdemokratischen Partei zu unterhalten, war bisher eine Spezialität der Kommunisten. Neuerdings haben aber auch die Rechtsradikalen einen Ehrenmann gemietet, der unter Benutzung einer erschlichenen Legitimation geschlossene Veranstaltungen besucht, in denen Sozialdemokraten reden, und der dann von dort Berichte liefert, wie die Rechtspresse sie brauchen kann. Daß es ihm dabei gar nicht darauf ankommt, die Wahrheit zu sagen, sondern daß er die Ware liefert, wie sie bestellt ist, versteht sich von selbst. Auf diese Weise gelangte die „Berl. Börsenzeitung“ in den Besitz eines „Berichts“ über eine Rede, die der Berliner Polizeipräsident, Genosse Grzesinski, neulich auf einem „Sozialistischen Abend“ in Tempelhof gehalten haben soll. Dieser Bericht war so dumm zusammengesetzt, daß es für politisch Unterrichtete kaum nötig schien, ihn zu dementieren. Grzesinski hat sich nichtsdestoweniger dieser Mühe unterzogen und den Bericht für falsch erklärt.

In einem Lande, in dem die politischen Sitten weniger verwildert sind, hätte damit die ganze Affäre ihr Ende gefunden. Hierzulande wird natürlich weitergetobt. Ja, die Deutsche Volkspartei Breußens hat sogar im Landtag eine Interpellation über die Tempelhofer Rede eingebracht und damit abermals bewiesen, daß sie sich unter ihrer gegenwärtigen Führung keine Gelegenheit zu einer Blamage entgehen läßt.

Das alles ist, wie gesagt, nicht mehr als landesüblich. Was soll man aber dazu sagen, daß das Berliner Zentrumblatt, die „Germania“, in dieselbe Kerbe haut und den Tempelhofer Spiegelbericht gleichfalls zu einer Attacke gegen den Berliner Polizeipräsidenten benützt? Muß man der „Germania“ sagen, daß es illogisch ist, sich auf einen Bericht zu berufen, den der Redner selbst für falsch erklärt? Oder ist die „Germania“ der Meinung, was Deutschland in dieser Zeit am meisten brauche, sei ein Konflikt zwischen Zentrum und Sozialdemokratie und darum sei, ihn herbeizuführen, auch die schlechteste Gelegenheit recht?

Die „Germania“ glaubt, dem Berliner Polizeipräsidenten Vorhaltungen machen zu dürfen. Sie hätte viel mehr Grund, vor der eigenen Tür zu lehren und ihre eigenen Methoden einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen.

Patentmedizin Nr. 2.

Hugenberg gegen den Kredit der Landwirtschaft.

Herr Hugenberg will die Landwirtschaft im deutschen Osten retten. Er empfiehlt dazu eine Patentmedizin, die in einem Antrag der deutschen Reichstagsfraktion niedergelegt ist. Wir haben dieser Patentmedizin bereits das Firmenschild „Sozialisierung der Agrarierpleiten“ aufgeklebt.

Von der plumpen Demagogie dieses Antrages abgesehen, stecken dahinter romantisch-ständische Gedankengänge, denen Hugenberg immer mehr nachhängt. Je älter er wird, in einer seiner letzten Reden hat er eine ausgesprochen widerwillige Müdigkeit gegenüber dem Industriezeitalter und dem modernen großindustriellen System erkennen lassen. Zurück aufs Land mit seiner Einfachheit! Sein neuestes Ideal ist die sich selbst erhaltende und sich selbstständig verwalternde Landwirtschaft. Die Industrie und die großen Städte mögen in der Krise vor die Hunde gehen — wenn nur die Landwirtschaft bleibt.

Es ist die Grausenidee eines Mannes, der seinen Höhepunkt als Führer der Schwerindustrie und dann als Herr von Film und Presse erlebte. Er ist jetzt Besitzer eines Gutes und schwärmt wie Rousseau: Zurück zur Natur!

So antiquiert wie die Grundstimmung sind die Einzelheiten des neuen Hugenberg-Antrags. Er will wahrhaftig die Existenz des modernen Kreditwesens für die Landwirtschaft ausheben, und sieht nicht, welche Wirkungen er zeitigt!

Es ist nicht die erste Patentmedizin des Herrn Hugenberg. Im Frühjahr 1929 pries er die große Krise als Heilmittel an. Damals führte er den bekannten Schlag gegen die deutsche Währung. Seine Propaganda in Amerika war ein

Angriff gegen den deutschen Kredit. Das war Patentmedizin Nr. 1.

Patentmedizin Nr. 2 aber ist ein verderblicher Schlag gegen den Kredit der Landwirtschaft im deutschen Osten. Hugenbergs Antrag wird nicht Befehl werden — aber die psychologische Wirkung der Kredit-schädigung wird er ausüben.

Hugenberg strebt nach dem Ruhme, der Dr. Eisenhart der deutschen Landwirtschaft zu werden!

Der Mückenstich!

Giftgeschwollener Haß der Hitlerleute gegen Müde.

Herr von Müde hat sich den tödlichen Haß der Halentreuzler zugezogen. Sie jagen ihn vor ihren eigenen Anhängern zu diffamieren, indem sie behaupten, er stehe der Sozialdemokratie nahe und für seine Vorträge würden preussische Staatsmittel zur Verfügung gestellt. Den Gipfel erklimmt Herr Müde, der Herrn von Müde gleich als politischen Agenten der Berliner Polizei hinstellt.

Selbstverständlich ist das eine so aus den Fingern gezogen wie das andere. Aber das Aufschäumen der Gemeinheit und des Hasses ehrt den, gegen den es anbrannt!

Freude bei den Gutgesinnten.

„Revolutionäres“ Stiefelreden.

„13 Jahre G.P.L. Das J.R. der K.P.D. grüßt die G.P.L.“ Also überschreibt die „Rote Fahne“ die in Fettdruck an hervorragender Stelle veröffentlichte Ergebnissadresse des Zentralkomitees an die russische politische Polizei, in der das J.R. versichert, daß sie „ihre... ihre proletarische Pflicht“ erfüllen werde und die G.P.L. feiere als „das wachsame Auge, das unerbittliche Schwert der proletarischen Diktatur“. Dies alles, weil die G.P.L. jetzt 13 Jahre existiert!

Man sagt, 13 sei eine Unglückszahl. Hoffentlich erreicht „das unerbittliche Schwert“ der G.P.L. nicht in diesem fatalen Jahre die Stiefelkante der J.R.

Demonstrationsverbote.

Zur Sicherung gegen den Parteienkrieg.

Für die Weihnachtstage sind Demonstrationsverbote erlassen worden in Düsseldorf, Arnberg, München, Hagen, Erfurt, Kiel, Königsberg und Münster.

Die kommunistische Zeitung „Klassenkampf“ in Halle ist bis zum 4. Januar verboten worden.

Korfanty wieder in Schlesien.

Mißhandelt wie die anderen Abgeordneten.

Kattowitz, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Der am Sonnabend aus der Untersuchungshaft in Brest-Litowsk entlassene Abgeordnete des polnischen Sejm, Korfanty, ist am Montag in Kattowitz eingetroffen. Korfanty sieht außerordentlich leidend aus und ist wie die anderen Oppositionsjührer ebenfalls schwer mißhandelt und gemartert worden. Einem Pressevertreter gegenüber erklärte Korfanty, er sei Augenzeuge gewesen, wie bei dem Abtransport in Brest-Litowsk der sozialdemokratische Abgeordnete Liebermann auf das schwerste mißhandelt wurde.

Der neue polnische Gesandte. Die Reichsregierung hat das Agreement für den Staatssekretär im polnischen Außenministerium, Dr. Alfred Wylski, erteilt, so daß mit dessen Ernennung zum polnischen Gesandten in Berlin in den nächsten Tagen zu rechnen ist. Der neue Gesandte war ursprünglich Journalist. Er trat dann in die österreichische Verwaltung über, wo er Hofrat wurde. 1918 stellte er sich dem polnischen Staate zur Verfügung, stand erst im diplomatischen Dienst und wurde dann zum Staatssekretär im polnischen Außenministerium ernannt.

Befehlshaber Japanminister. Der ehemalige Unterrichtsminister Itshida Kobaschi wurde wegen Bestechung zu 10 Monaten Gefängnis und 10 000 Yen Geldstrafe verurteilt, der frühere stellvertretende Eisenbahnminister Sango Satoko aus gleichem Grunde zu 8 Monaten Gefängnis.

Gegen die Filmzensur!

Aufruf der Filmschaffenden.

Die „Dachorganisation der Filmschaffenden Deutschlands“ hat bereits bei der ersten Rundgebung des „Kampfausschusses gegen Zensur“ aufgezeigt, daß die in der Reichsverfassung vorgesehene Sonderzensur des Filmes eine Ausnahme schaffe, die den Film gegenüber allen anderen Kunstgattungen herabwürdigende, aber auch geeignet sei, als Einfallstor für Maßnahmen bedeutendsten Ursprungs und unabsehbarer Tragweite gegen das Kulturleben des ganzen Volkes zu dienen.

Erscheinungen der jüngsten Zeit haben die Berechtigung dieser Befürchtungen erwiesen. Obgleich die Paragraphen des Lichtspielgesetzes als Grundlage für ihre Anwendung eine begrenzte Anzahl fixierter Begriffe vorläßen, hat es die Praxis gezeigt, daß diese Grundlage von einer Dehnbarkeit ist, die sie zu leeren Formeln in den Händen der Verwaltungsbeamten macht. Dies aber widerspricht klar dem Willen des Gesetzgebers.

Die Filmzensur, deren Grundgesetz ihrem Wortlaut nach die Handhabung einer geschmacklichen, weltanschaulichen oder politischen Zensur ausschließen sollte, wird in wachsendem Maße in Richtungen ausgeübt, denen geschmackliche, weltanschauliche und politische Gründe und Ziele deutlich anhaften.

In einem Augenblick, in dem diese Filmzensur in den Vordergrund der Tagespolitik gerückt und von Parteien des Reichstages sogar die Absicht kundgegeben wurde, ihre gefährliche Anwendungsart durch Verschärfung der Lichtspielnovelle nachträglich zu legalisieren, können die Filmschaffenden Deutschlands — Autoren, Komponisten, Regisseure, Architekten, Kameraleute, Tonmeister, Schauspieler und Aufnahmeleiter — nur ihre grundsätzliche Forderung auf Abschaffung jeder Zensur des Filmes wiederholen.

Krach bei Fridericus.

In der Neun-Uhr-Vorstellung des „Fridericus“-Films der Ufa des Herrn Hugenberg kam es heute wieder zu Protestkundgebungen. Die Ufa läßt den Schluß des Filmes, die Potsdamer Wachtparade, nur noch bei erleuchtetem Saal laufen, so daß regelmäßig der Saal nur noch halb besetzt ist.

Hugenberg-Filme schädigen deutsches Ansehen.

Der Vorstand der Studentenschaft der Technischen Hochschule Dresden hat am Dr. Hugenberg einen Offenen Brief gerichtet. Es heißt darin unter anderem: „Der Ufa-Film „Ein Burleskenlied aus Heidelberg“ zeugt auch in seiner verkürzten Form „von einer seltsamen Verstandlosigkeit und Unkenntnis des deutschen Studententums und geben dessen Sitten und Gebräuche zum Teil oberflächlich, zum größten Teil aber vollkommen falsch wieder“. Weiterhin wird in dem Schreiben ausgeführt: „Bitter wird durch solche Filme das Ehrgefühl des deutschen Studenten verletzt, schwer das Ansehen des deutschen Akademikers überhaupt geschädigt. Noch bedauerlicher ist jedoch, daß man gerade Filme dieser Art in besonderem Maße im Ausland laufen läßt und uns gegenüber gerade besonders kritisch eingestellten Völkern eine Vorstellung über Deutschlands Gegenwart gibt, die schwerlich dem Ansehen unseres Volkes von Vorteil ist.“

„Frauennot — Frauenglück“ bleiben frei.

Zum 6. Male mußte gestern der Film „Frauennot — Frauenglück“ die Zensur passieren. Die Regierungen Bayerns, Badens und Thüringens hatten erneut das nötige Verbot dieses Filmes beantragt. Die Oberprüfstelle hielt jedoch die Zulassung des Filmes für recht. Dagegen ist der ärztliche Vortrag verboten und die Abhaltung eines solchen überhaupt für entbehrlich erklärt worden. Eine große Rolle in dem Verbotsantrag Bayerns spielte ein Gutachten des ärztlichen Bezirksvereins München, das das Verbot des Filmes wegen angeblicher Gesundheitsstörungen forderte. Diesem Gutachten stellte Dr. Friedmann ein solches des königlich-bayrischen Medizinalkollegiums aus dem Jahre 1885 gegenüber, das behauptete, die Eisenbahn löse durchaus nicht nur für ihre Benutzer, sondern auch für die Zuschauer infolge der Schnelligkeit ihrer Bewegung die Gefahr geistiger Erkrankung aus. Dr. Friedmann erklärte, daß das heutige Gutachten des ärztlichen Bezirksvereins München auf derselben geistigen Höhe stehe wie jenes.

Der Remarque-Film in Oesterreich.

Wien, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Amlich wird mitgeteilt, daß die Bundesregierung nicht in der Lage sei, den Film: „Am Westen nichts Neues“ zu verbieten. Sie überläßt die Entscheidung den Landesregierungen, rät ihnen aber dringend, ihn in ihrem Wirkungsbereich zu verbieten, da durch den Film die Ehre der deutschen Nation beleidigt erscheine.

Der Landesregierung von Wien steht der sozialdemokratische Bürgermeister Seitz vor. In den anderen Landesteilen sehen nur christlich-soziale Regierungen.

Stieg auf der Ministersuche.

Er muß seine Mehrheit verstärken.

Paris, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Regierung Stieg besaßte sich am Montag mit den notwendigen gewordenen personellen Ergänzungen. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde lediglich mitgeteilt, daß die erwarteten Ernennungen am Dienstag veröffentlicht werden. In der Presse wird jedoch bereits mitgeteilt, daß voraussichtlich zum Vizepräsidenten der Abgeordnete Dormann von der radikalen Linken, zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium der Abgeordnete Dechappellaine, zum Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium der Abgeordnete Guilhaumon, zum Unterstaatssekretär im Innenministerium der Abgeordnete Tricart-Gravenou, zum Unterstaatssekretär im Ackerbauministerium der Abg. Pottier und zum Unterstaatssekretär für den Sportlichen Unterricht Henry Paté ernannt werden. Daburh würde sich das Kabinett Stieg um drei Mitglieder aus der Tardieu- und zwei Mitglieder aus der Boucheur-Gruppe verstärken und somit noch mehr den Charakter eines Versöhnungskabinetts erhalten.

Indonesierführer verurteilt.

Das Ende eines Zehnmonats-Prozesses.

Amsterdam, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

In dem Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder der indonesischen Nationalpartei, die unter der Anklage umstürzlerischer Pläne standen, wurde vor dem Landgericht Bandung der 1. Vorsitzende Soekarno zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen die übrigen Vorstandsmitglieder

Nach der Entscheidung.



Herr Minister machen einen so ramponierten Eindruck . . .

Einheitsfront der Neutralen.

Wirtschaftskonferenz in Ost-Belgien am Scheidewege.

In Oslo tagt augenblicklich eine Wirtschaftskonferenz, auf der die Regierungen von Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien vertreten sind. Die Konferenz verdient Beachtung, weil sie möglicherweise den Ausgangspunkt einer neuen Phase der europäischen Politik bilden kann, mindestens soweit die genannten Staaten in Betracht kommen.

Als Zweck der Konferenz wird angegeben: Förderung der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den fünf beteiligten Ländern im Geiste der Genfer Wirtschaftsverhandlungen. Sie wurde einberufen, weil die genannten Länder vorläufig an einem praktischen Erfolg der in Genf angestrebten internationalen Wirtschaftsverständigung zweifeln und zunächst einmal in kleineren Rahmen über gewisse Fragen eine Verständigung herbeiführen wollen. Daß die Länder dabei vor allem ihre eigenen Wirtschaftsinteressen im Auge behalten, ist selbstverständlich.

Vorausichtlich wird die Konferenz zur Unterzeichnung eines Abkommens führen, das zunächst eine Erhöhung der Zolltariffsätze der betreffenden Länder erschwert. Erhöhungen sollen in Zukunft nicht ohne vorherige Beratungen unter den fünf Ländern vorgenommen werden. Außerdem wird in dem Abkommen bestimmt werden, daß für den Fall, daß der eine oder andere Staat zu zollpolitischen Abwehr- oder Vergeltungsmassnahmen gegen andere Länder genötigt werden sollte, dafür zu sorgen ist, daß den genannten Vertragsländern kein Nachteil daraus erwächst. Schließlich wollen sich die fünf Vertragsländer zu einem

allgemeinen gegenseitigen Beistand

bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen oder bei Wirtschaftskrisen und Zollkonflikten mit anderen Ländern verpflichten. Es liegt also auf der Hand, daß die Ostsee-Wirtschaftsverhandlungen gerade im Hinblick auf die holländisch-deutschen Wirtschaftsdifferenzen von Bedeutung sind. Darüber hinaus aber ist die Tatsache, daß gerade die nordischen Kleinstaaten, zu denen sich Holland und Belgien gesellen, und die praktisch alle Freihandelsländer sind, zu einem gemeinsamen und selbständigen Unternehmen sich zusammenfinden, von allgemeinem Interesse. Insbesondere handelt es sich bei den Verhandlungen, mindestens soweit Belgien in Frage kommt, um einen ernst zu nehmenden Versuch,

eine Neuorientierung der Politik

und der Wirtschaftspolitik von Frankreich weg nach den nordischen Kleinstaaten hin.

In diesem Zusammenhang verdient ein Artikel Banderweides im Brüsseler „Peuple“ über das französisch-belgische Militärabkommen und die Abrüstung größte Be-

achtung. Banderweide widerlegt zunächst noch einmal die im Ausland verbreitete falsche Ansicht, daß es sich bei diesem Abkommen um ein Militärbündnis handelt oder daß es neben dem veröffentlichten und beim Völkerbund angemeldeten Text noch irgendeinen Geheimvertrag gebe. Er fügt aber hinzu, daß allerdings neben dem veröffentlichten Abkommen Vereinbarungen über Generalfälle der beiden Länder bestehen, die naturgemäß geheim bleiben müßten und soweit sie von den Regierungen und Parlamenten gebilligt wurden, tatsächlich die ganze Militär- und Außenpolitik der beiden Länder beeinflussen würden. Banderweide läßt durchblicken, daß die Vorschläge der belgischen Regierung für den Bau der Grenzbesetzungen nur unter diesem Gesichtspunkt verständlich sind, und daß dieses neben der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen übertriebene Kriegsrüstungen der Grund dafür ist, daß die belgische sozialistische Partei diese Militärausgaben aufschürfte bekämpft. Banderweide führt weiter aus, daß das französisch-belgische Militärabkommen zu dem Zeitpunkt, wo es abgeschlossen wurde, also unmittelbar nach dem Kriege, seine Berechtigung haben konnte, daß es aber heute,

nach dem Vertrag von Locarno, seinen Sinn verloren

hat und überflüssig geworden ist. Die Aufrechterhaltung des französisch-belgischen Abkommens auch nach dem Inkrafttreten des Locarno-Vertrages sei nur geeignet, im Ausland die oben erwähnten Zweifel und Mißtrauen zu stärken. Banderweide kündigt schließlich an, daß die von ihm angeschnittenen Fragen sowohl auf dem kommenden Kongreß der belgischen Arbeiterpartei als auch im belgischen Parlament zur Sprache kommen werden. Er hält die Fragen insbesondere vom Standpunkt der internationalen Politik und der allgemeinen Abrüstung aus für außerordentlich wichtig.

„Anderm die Jaipar-Regierung“, so schreibt Banderweide zum Schluß seines Artikels, „weitere Befestigungswerke errichten will, die als Verlängerung oder Ergänzung der französischen erscheinen, stellt sie das Land vor folgendes Dilemma: Entweder eine illusorische Sicherheit durch Beteiligung an internationalen Waffentritten zu suchen oder seine Bemühungen zu verdoppeln, damit den von den Siegern 1918 eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen nachgekommen wird. Die erstgenannte Politik führt unfehlbar zum Kriege und zur Katastrophe. Nur die zweite kann zum Frieden führen, durch die allgemeine, gleichzeitige und überwachte Abrüstung. Die heutige belgische Regierung schwankt sichtlich zwischen der einen und anderen Politik. Die Arbeiterpartei aber muß dafür sorgen, daß die Friedenspolitik zum Siege geführt wird, im Einvernehmen mit den französischen Sozialisten und der belgischen Arbeiterpartei sowie der deutschen Sozialdemokratie.“

wurde auf kürzere Gefängnisstrafen erkannt. Soekarno hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Prozeß dauerte insgesamt fünf Monate.

Ausnahmegericht gegen Antifaschisten.

Sensationsprozeß in Rom.

Rom, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Montag nachmittag begann vor dem Ausnahmegericht der sensationelle Prozeß gegen die antifaschistischen Intellektuellen.

Von den Angeklagten sind bisher nur der liberale Journalist Vinciguerra und der rechtssozialistische Journalist Renzo Rendi geständig. Sie erklärten, revolutionäre Propaganda getrieben und entsprechende Aufrufe versandt und verbreitet zu haben. Die fränke und alte Witwe des Dichters de Sosis, die bei ihrer ersten Vernehmung erklärt hatte, daß sie stolz darauf sei, zu den Revolutionären gegen das faschistische Regime zu gehören, widersetzte am Montag ihre Geständnisse. Die alte Dame fürchtet augenscheinlich für ihren in der Schweiz weilenden und gleichfalls unter Anklage stehenden Sohn. Ebenso scheinen die veronesischen Lehrer Belmonti und Benedetti, die beide aus der demokratisch-katholischen Volkspartei stammen und als leidenschaftliche Antifaschisten bekannt sind, sich mit Seichen der Reue und Müde des Ausnahmegerichtes empfehlen zu wollen.

Das Urteil ist in den späten Nachmittagsstunden des Montag, vielleicht auch erst am Dienstag zu erwarten.

Ein dreifacher Raubüberfall.

Ein Goldwarengeschäft in Schöneberg beraubt.

In den gestrigen späten Abendstunden wurde auf das Goldwarengeschäft von Seffner von fünf jüngeren Burschen ein verwegener Raub verübt. Kurz vor 23 Uhr mieteten die Burschen in der Hauptstraße in Schöneberg eine Autodroste und gaben dem Chauffeur als Ziel das Haus Kolonnenstraße 60 an. Dort angekommen, ließen die Fahrgäste aus und während einer von ihnen plötzlich eine Pistole hervorjagte, und sie auf den Chauffeur mit der Drohung richtete, sich ruhig zu verhalten, zertrümmerten die anderen vier das Schaufenster des Goldwarengeschäftes und raffen zusammen, was sie greifen konnten.

Die Banditen stürzten in das Auto zurück und zwangen den Chauffeur, sie bis zum Lindenpark zu fahren, wo sie das Auto verlassen und in einer Seitenstraße verschwanden. Obwohl der Inhaber zur Zeit des Vorfalls in den hinteren Räumen seines Geschäftes weilte und gleich nach vorn eilte, als er das Klirren der Feuerschellen vernahm, konnten die Banditen trotz der sofort unternommenen Verfolgung entkommen.

Der Chauffeur hat sich später auf einem Schöneberger Polizeirevier gemeldet.

In Finnland wurden wiederum sieben Kommunisten wegen staatsfeindlicher Agitation zu 1 bis 4 Jahren Zuchthaus verurteilt. In Tammerfors, Helsingfors und an der Sowjetgrenze hat die Polizei Kommunisten verhaftet.

Mit dem Revolver im Ministerium. Verzweiflungstat eines sieben Jahre Arbeitslosen.

In den Räumen des Reichsarbeitsministeriums in der Scharnhorststraße ereignete sich gestern nachmittag gegen 14 Uhr ein aufregender Vorfall. Ein 36 Jahre alter Maler Christian Sch. aus Röntgenal, der schon jahrelang arbeitslos ist, wollte, nachdem er in verschiedenen Dienststellen abgewiesen war, den Reichsarbeitsminister Stegerwald persönlich sprechen. Als der Amtsgehilfe ihn im Ministerialbüro erneut abwies, zog der Mann plötzlich eine Pistole und legte auf den Beamten an. Dieser war jedoch geistesgegenwärtig genug, stürzte sich auf den Angreifer und schlug ihm die Waffe aus der Hand. Ein anderer Amtsgehilfe kam hinzu und blickte dem Mann gelang es, Sch. zu überwältigen und durch das Ueberfallkommando der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zuzuführen. Ueber diesen Vorfall erfahren wir folgende Einzelheiten:

Sch., der bereits seit sieben Jahren arbeitslos sein soll, hatte schon früher das Reichsarbeitsministerium mit einer Reihe von Eingaben bedacht, in denen er zum Teil um Abhilfe seiner eigenen Notlage bat, aber auch Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemacht hatte, die allerdings keine Berücksichtigung finden konnten. U. a. hatte Sch. Vorschläge für die Bekämpfung und Beseitigung der Doppelverdiener gemacht, um dadurch den Arbeitsmarkt entlasten zu können. Gestern nachmittag erschien er gegen 13 Uhr persönlich im Reichsarbeitsministerium, um sich in einem Geschäftszimmer nach dem Schicksal seiner Reformvorschläge zu erkundigen und neue Vorschläge zu geben. In dem ersten Geschäftszimmer des Ministeriums, in dem er vor sprach, wurde ihm bedeutet, daß er seine Wünsche schriftlich unterbreiten solle. Ein höherer Beamter des Ministeriums, dem er erneut sein Anliegen vorbrachte, wies ihn gleichfalls auf den Weg

der schriftlichen Eingabe. Nun machte sich Sch. auf, das Ministerialbüro selbst aufzusuchen, um dem Reichsarbeitsminister Stegerwald persönlich seine Wünsche und Ratsschläge vorzutragen. Im Ministerialbüro nahm ihn ein Amtsgehilfe, der im Meldezimmer Dienst tut, in Empfang. Dieser erklärte Sch., daß der Minister nicht zu sprechen sei. Als der Amtsgehilfe ihm wiederum den Rat gab, den er schon dreimal erhalten hatte, nämlich sein Anliegen schriftlich vorzubringen, geriet Sch. in Wut, zog eine Pistole aus der Tasche und legte auf den nichtsahnenden Beamten an. Der Beamte verlor aber nicht die Geistesgegenwart und es gelang ihm mit Hilfe eines zweiten hinzukommenden Beamten, den aufgeregten zu überwältigen. Bei seiner Vernehmung in der Abteilung IA gab Sch. an, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, zu schießen, sondern daß er lediglich in das Zimmer des Ministers gelangen wollte, um ihm seine Pläne, die durch den „bürokratischen Dienstweg“ bisher unterdrückt seien, zu unterbreiten.

Nur ein kommunistischer Schreckschuß.

Kopenhagen, 22. Dezember. (Eigenbericht.)

Der kommunistische Arbeitslosenführer, der kürzlich im Reichstag auf den Sozialminister einen Revolver schuß abgab und daraufhin verhaftet wurde, ist am Montag aus der Haft entlassen worden. Der Kommunist gab an, daß er weder den Sozialminister noch eine andere Person habe treffen wollen, sondern lediglich einen Schreckschuß abgegeben habe. Die Anklagebehörde schenkte diesen Versicherungen Glauben und setzte den kommunistischen Arbeitslosenführer auf freien Fuß.

Die Tat eines Trunkenen.

Berteidiger plädiert für Trockenlegung Deutschlands.

Stoffgewaschen und außerordentlich selbstsüchtig, so präsentierte sich der erwerbslose Schlosser Paul Lemka, der sich vor dem Schwurgericht in Roabit wegen Totschlags zu verantworten hatte.

Lemka nahm vor einigen Monaten an der Geburtstagsfeier seines ebenfalls erwerbslosen Bruders Bruno statt, bei der nahezu 60 Flaschen Bier ausgetrunken wurden. In ange-trunkenem Zustande begab er sich dann in ein Wirtshaus und mischte sich in einen Streit ein, der ihm nichts anging. Als ihn darauf der wegen seines gewaltigen Umfanges in der ganzen Umgebung bekannte Gastwirt Witte aus seinem Lokal herausdrängte, zog er plötzlich ohne jede ersichtliche Ursache eine Pistole aus der Tasche, schloß sie und feuerte auf den Gastwirt. Witte wurde in den Darm getroffen und verstarb bereits am nächsten Tage an den Folgen dieser Verwundung. Der Täter flüchtete auf den Boden des benachbarten Hauses, ließ sich, ganz nüchtern gemacht, widerstandslos festnehmen und vermochte keine Erklärung darüber abzugeben, was ihn zu der Tat veranlaßt hatte. Auch die Anklage vermochte diese Frage nicht zu klären. Erst während der Verhandlung tief er plötzlich: „Ich wußte nicht, was mit mir geschah. Ich war ja nicht bei Sinnen. Es ärgerte mich, daß ich aus dem Wirtshaus hinausgedrängt wurde, und als ich die gewaltige Körpermasse des Gastwirts vor mir machen sah, die den Eingang zum Lokal verperrte, da hat mich sein Fett so gereizt, daß ich den Schreckschuß wider Willen in seinen Fettsack hineinschickte!“

Der Staatsanwalt beantragte wegen Totschlags und unerlaubten Waffentragens 7 1/2 Jahre Zuchthaus, wobei er darauf hinwies, daß bei der heute immer mehr zunehmenden Verminderung der Sitten solche gewalttätigen Naturen wie der Angeklagte ganz besonders streng bestraft werden müßten. Hier müsse die Abschreckungstheorie angewandt werden.

Rechtsanwalt Dr. Fuhs führte in seiner Erwiderung aus, daß an dem ganzen Unglücksfall die in Deutschland noch nicht eingeführte Prohibition schuld sei. Es gehe nicht an, daß man erwerbslosen Burschen, die ihre Unterhaltung verkaufen, jede beliebige Menge Alkohol verkaufe, und es wäre richtiger, ihnen statt Erwerbslosengelder Nahrungsmittel zu geben; dann könnte so manches Verbrechen vermieden werden.

Des Bericht verurteilte den Angeklagten zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus, wovon allein 8 Monate auf das Vorgehen wegen unerlaubten Waffentragens entfielen.

Schwere Zuchthausstrafe für Raubüberfall.

Hart angepackt wurde auch von dem unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Wartenberger tagenden Schöffengericht Berlin-Witte eine Bande junger Burschen, die den Humboldthain unsicher gemacht hatte. Das Gericht ging weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und hielt es für

angebracht, einen dieser jungen Menschen auf 5 1/2 Jahre ins Zuchthaus zu schicken, trotzdem seine Tat in keinem Vergleich steht zu der Untat Lewtas.

Am 30. August hatte die Bande wieder mehrere Raubzüge im Humboldthain unternommen. Nachts um 11 Uhr wurde ein Uhrmacher, der auf einer Bank im Humboldthain saß, überfallen. Der Angeklagte Behm hielt ihm, nachdem er ihm einen Schlag ins Gesicht verfehlt hatte, eine Tabakspfeife vor und rief ihm zu: „Geld her oder ich schieße!“ Der Ueberfallene war so eingeschüchtert, daß er in seinem Schreck glaubte, es sei ein Revolver und bat flehend: „Nehmt alles, was ich habe, nur laßt mir das Leben.“ Er wurde vollständig ausgeplündert. In derselben Nacht stieß die Bande im Humboldthain auf einen Betrunknen, den sie auch ausraubten. Sie fanden bei ihm aber nur ganze 91 Pfennige. Das Schöffengericht verurteilte Behm zu fünf Jahren drei Monaten Zuchthaus. Zwei weitere Angeklagte zu drei Jahren und einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Der Mord in der Stargarder Straße.

Wahrscheinlich mehrere Täter beteiligt.

Im Schauspiel wurde am Montagnachmittag die Leiche der 60 Jahre alten Frau Minna Rickmann obduziert, die, wie bereits berichtet, das Opfer eines Raubmordes geworden ist.

Der Befund ergab, daß der Mörder in bestialischer Weise auf sein Opfer eingeschlagen hat, bis es sterbend zusammenbrach. Inzwischen ist die Mordkommission bei ihren Ermittlungen mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, daß man es nicht mit einem, sondern mit mehreren Tätern zu tun hat. Sie dürften, wie in der letzten Zeit fast jedesmal, wohl wieder in den Kreisen junger Burschen zu suchen sein. Die Gewalttätigkeit, mit der sowohl die Frau wie auch der Mann behandelt wurden, läßt es zweifelhaft erscheinen, daß der oder die Täter es lediglich auf einen Einbruch abgesehen hatten. Man muß vielmehr annehmen, daß es sich um einen vorbedachten und vorbereiteten Mord handelt. Dafür spricht allein schon die Wahl der Mordwaffe. Das alte Ehepaar hat, wie festgestellt werden konnte, nach Schluß der offiziellen Verkaufsstunden auch Waren an der Hintertür an Kundschaft abgegeben. Von dieser Gewohnheit haben die Täter wahrscheinlich Kenntnis gehabt.

Ungewöhnlich groß ist diesem Verbrechen gegenüber die Teilnahme der Anwohner der Nachbarschaft. Das alte Paar, das sich des besten Rufes erfreute und den meisten bekannt war, hat die Leute zur regen Mitarbeit an der Aufklärung veranlaßt. Aus dem Publikum sind schon verschiedene Personen als verdächtig bezeichnet und von der Kriminalpolizei angehalten worden. Bisher ist aber der Täter noch nicht ermittelt worden.

Spiel mit Streichhölzern.

Ein Kind verursacht gefährlichen Ladenbrand.

Ein gefährlicher Ladenbrand wurde gestern nachmittag gegen 3 Uhr in dem Seifengeschäft von Max Sonnenschein in der Fußbodenstraße 1 in Reutal durch die Unvorsichtigkeit eines Kindes verursacht.

Das Kind des Geschäftsinhabers spielte in dem Laden anspielend mit Streichhölzern, und plötzlich schoß aus einer Spiritusflasche eine große Stichflamme empor, die sofort die Ladeneinrichtung in Brand setzte. In ihrer Aufregung ließen die Eheleute die Rolläden herunter, so daß das Feuer keinen Abzug hatte und der Laden und die dahinterliegende Wohnung im Ru verqualmt waren. Auf die Hilferufe des Geschäftsinhabers und seiner Frau wurde von Passanten die Feuerwehr herbeigerufen, die mit mehreren Zügen anrückte. Polizeibeamte eilten gleichfalls zu Hilfe, schoben von außen die Rolläden empor und befreiten die drei Personen aus ihrer gefährlichen Lage. Der Inhaber des Geschäfts hatte bereits erhebliche Verletzungen durch Brandwunden

W. Seemann
C. Wöhle
Unternehmer..

Die Wirkung trat mit militärischer Pünktlichkeit ein. Schweiß trat aus seinem Körper. Er fühlte sich sehr elend, seine Glieder zuckten, die Beine versagten den Dienst. Er bekam Schwindelanfälle und fiel schließlich um wie ein Sack. Dazu wurde er von einem rasenden Kopfschmerz geplagt. Der Arzt wurde geholt, kniete sich über ihn und sah ihm in die fieberglühenden Augen. „Was haben Sie denn gemacht, Eisermann?“ „Nichts, Herr Assistenzarzt!“ hauchte er. „Sie scheinen ja vergiftet zu sein. Was, in Dreiteufelsnamen, haben Sie zu sich genommen? Ich muß es wissen!“ „Nur Bier und etwas Wein!“ „Das ist mir schleierhaft. Sie sind doch sonst eine trinkfeste Krute!“ Ludwig war es sterbenselend. Mehr als einmal glaubte er, er habe sich im Mittel vergriffen. Zwei Tage lag er im verlausen Stroh und war nicht imstande, sich auch nur im mindesten zu rühren. Einmal hörte er neben sich in allernächster Nähe den Einschlag einer Fliegerbombe. Rasende Schreie erschollen und das Todessgemwimmer von Pferden. Die Parade hob sich unter dem gewaltigen Luftdruck und die Wände zitterten noch lange unter der Nachwirkung der Detonation. Er erwachte undeutlich aus seiner Lethargie von dem Stöhnen einiger Verwundeter, die man neben ihm ins Stroh gebettet hatte. Er wunderte sich und konnte die Zusammenhänge nicht recht begreifen. Vielleicht war ja das alles nichts weiter als ein Fiebertraum. Um sich zu überzeugen, fühlte er mühsam seine Taschen ab. Gottlob, die Tabletten waren noch da! Dann lag er wieder da, wurde kleiner und kleiner, bis er schließlich nur noch ein winziger Punkt war, der sich auflöste in grauem, farblos werdendem Nichts. So schwamm Ludwig Eisermann vor sich selber fort.

Am anderen Morgen wurde er mit drei Verwundeten aus der Blechbude getragen. Ein Lazarettzug brachte ihn in ein Sanatorium in Mitteldeutschland. Allmählich erholte sich sein verwüsteter Körper unter sorgsamer Pflege, durfte zur Kur nach Wiesbaden gehen und verlebte dort, da er mit Geld nicht zu kausieren brauchte, eine glückliche Zeit. Ein Vierteljahr später wurde Ludwig Eisermann als gänzlich d. u. in die Heimat entlassen. Er hatte seinen Willen durchgesetzt, hatte gesiegt, und seinen Leib vor dem Zugriff des Schlachtentodes gerettet. Darin glücklicher, als Millionen anderer, die nach wie vor an den Fronten lagen, jeder Gastwelle, jedem tüchtigen Zugriff erreichbar. Wer hatte ihn gerettet? Nicht seine Intelligenz, nicht Sandows Pillen, sondern sein Geld. Er gestand sich freimütig ein: wäre ich als armer Teufel aus dem Schlammassel herausgekommen? Nein. Sein Geld hatte es geschafft. Jawohl, Ludwigs Eisermanns Geld! Es war der Februar 1917. Ludwig bummelte durch den Tag oder saß zu Hause in der behaglich durchwärmten Stube und freute sich seiner vier Wände. Das war doch etwas anderes, als die vor Feuchtigkeit triefenden Heldenkeller an der Front oder die jämmerlichen Blechbaracken in der Etappe, diese verdammten Rheumatismustisten! Und hier nun der warme Ofen, der weißgedeckte Tisch. Er genoß ordentlich den Gegensatz. „Wenn ich wieder Heimweh nach dem Dred dort haben sollte, werde ich zur Abgewöhnung in der Kohlentiste schlafen!“ sagte er spasmachend zu Maria. Die sah verwundert auf. Es kam so selten vor, daß Ludwig lustig war. Die Stunden, die er zu Hause war, sah er meistens am Fenster und starrte auf die Straße hinunter, wo die Passanten hasteten, halberdhungerte Elendsgestalten, die sich vornüberkrümmten, als böten sie so der Kälte und dem schneidenden Winterwind eine geringere Angriffsfläche. In Ludwig stieg ein irrsinniges Triumphgefühl hoch bei diesem Anblick. Warum hatten sie nicht vorgesorgt, die

Hungerleider? Hier bei Ludwig Eisermann war Geld zu Hause. Er konnte es noch eine Weile aushalten und aus jedem Werktag einen Sonntag machen, wenn er wollte. Er brauchte nicht in der Kälte umherzutippeln und magerem Verdienst nachzujagen. Hatte es nicht nötig. Das Geld nahm ihm diese Sorgen ab. Eine famose Einrichtung das! Wenigstens für die, die haben. Und die anderen? Na, die sollen sehen, wo sie bleiben! Verächtliche Falten stiegen aus Ludwigs Mundwinkeln. Sein Egoismus, brutal und unverhüllt nach außen geworfen, hing an, die großen ungewissen Linien zu ziehen. In der Wohnung, bei Frau und Kind, wurde es ihm allmählich zu muffig und zu eng. Dann lief er zum Vater und stellte sich ans Küchenfenster und schaute zu seiner früheren Werkstatt hinüber. Dort wirkte jetzt ein anderer Tischmeister, ein Mann, ebenso wie er im militärpflichtigen Alter. Breit über die Brust sah er aus, kerngesund. Ludwig stellte seine Betrachtungen an: „Na, Freundschen, warum bist du nicht an der Front? Hast wohl auch Sandow-Pastillen genommen? Hm, jeder auf seine Art!“ Bier Lehrjungen arbeiteten in der Werkstatt, schmale, bleichliche Kerlchen, mit mageren Armen, kaum stark genug, die schwere Raubank zu heben. Manchmal mußte Ludwig zusehen, wie der Meister die Jungen verprügelte. „Hol dich der Teufel!“ knurrte Ludwig, „du gottverdammter Schinder!“ und ergrimmte vor Zorn. Die Galle stieg ihm ins Blut. Er mußte an sich halten, um nicht hinüber zu rennen und dem Prügelmeister ein paar in die Fresse zu hauen. War sein Zorn verrückt, so gestand er sich ein: Vielleicht sind's gar nicht die Prügel, die mich auf den Kerk so wütend machen, vielleicht ist's nur der Reid, daß ich nicht in der Werkstatt stehe, sondern er. In Wirklichkeit gehört der Raum ja mir! Uebellaunig hastete er dann nach Hause, wo er wie ein gereizter Tiger im Käfig und auf und niederlief, mit den Pranken schlagend und den Mund zu totem Gebraüll öffnend. Irgend etwas fand er immer, das ihm als Mißableiter diente. Er war überhaupt sehr reizbar seit seiner Entlassung vom Kommiss. (Fortsetzung folgt.)

Seine Eltern in Hannover sind wohlhabende Bürgerseute. Er mußte keinen Artistenberuf aufgeben, weil Ausschweifungen seine Kräfte untergraben hätten. Seitdem führte er ein unfruchtbares Leben. Arbeit suchte er nicht, eine Zeitsung handelte er mit Blumen. 18 Monate verbrachte er als Arbeitsscheuer im Arbeitshaus; dann wurde er Sträfling, ließ sich von Freunden aushalten und von Mädchen. Mit der Elli wollte er bereits seit einem Jahr nichts mehr zu tun gehabt haben. Nicht er sei ihr, sondern sie ihm nachgelaufen. Auch habe er nicht von ihr Geld genommen, sondern im Gegenteil ihr Geld gegeben. Als aber das Gericht ihn wegen Zuhälterei zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, nimmt er die Strafe ohne weiteres an. Er weiß, daß er schuldig ist. Der 24jährige hübsche Mensch scheint unrettbar verloren. Wird Elli in der katholischen Fürsorgeanstalt Rettung finden?

Goebbels kneift weiter.

Vorführung beantragt. — Vom Gericht abgelehnt.

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg stand neulich wieder einmal ein ganzer Bündel Beleidigungsklagen gegen Goebbels zur Verhandlung. Beleidigt waren u. a. der frühere Polizeipräsident Jürgel, der Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, der Kommandant der Schutzpolizei Oberst Heimannsberg, Kriminalkommissar Busdori, verschiedene Potsdamer Polizeibeamte und die Jüdische Glaubensgenossenschaft, der Goebbels Ritualmord vorgeworfen hatte.

Goebbels war nicht erschienen; er hatte auch diesmal dem Gericht keine Entschuldigung zukommen lassen. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der Verhandlung. Rechtsanwalt Kantorowicz als Vertreter des Nebenklägers Busdori widersprach diesem Antrage. Er erklärte: Goebbels hat das Glück, ein besonders nachsichtiges Gericht zu finden. Als er am 13. Oktober nicht zum Termin erschienen war, konnte er wenigstens von der Ausrede des Reichstagsbeginns Gebrauch machen. Das Gericht hat die Anträge des Staatsanwalts und des Nebenklägers auf Goebbels Verurteilung abgelehnt und den Vorliegenden mit weiteren Maßnahmen beauftragt. Von solchen weiteren Maßnahmen ist in den Akten nichts zu ersehen. Ich bin derselben Rechtsauffassung, fährt der Nebenkläger fort, wie letzters, und kann diese Auffassung durch eine Reichsgerichtsentcheidung im 38. Bande bestärken. Es heißt darin, daß auch die zwangsweise Vorführung eines Reichstagsabgeordneten möglich sei. Unterstützt wird diese Reichsgerichtsentcheidung durch den Kommentar des Marburger Professors Arndt, der gleichfalls der Ansicht ist, daß bei unentschuldigtem Ausbleiben auch ein Reichstagsabgeordneter vorgeführt werden könne, sofern seine Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter hierdurch nicht unterbunden werde. Der Reichstag ist aber im Augenblick vertagt. Es soll nicht verkannt werden, daß Reichstagsabgeordnete auch während der Vertagung des Reichstags verschiedenartige Pflichten haben. Es wäre aber eine Beleidigung der Reichstagsabgeordneten, zu behaupten, daß das Aussetzen von weißen Mäusen und das Werfen von Stinkbomben zu den Pflichten eines Reichstagsabgeordneten gehört. Ich beantrage, einen neuen Termin anzusetzen, aber bis zum letzten Tage vor dem Angeklagten Goebbels geheim zu halten. Goebbels Verhalten ist nichts anderes als eine Verhöhnung des Gerichts und zeugt von Mangel an Mut gerade bei ihm, der immerfort von Heldentum und Frontgeist spricht.

Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rambke folgenden Beschluß: Die Verhandlung wird vertagt, der Antrag des Nebenklägers auf Erlass eines Vorführungsbefehls wird abgelehnt, da hierin eine Beeinträchtigung der Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter liegen würde. Der Staatsanwalt ist mit den vorbereitenden Maßnahmen zu beauftragen.

Eine weitere Verhandlung gegen Goebbels sollte sodann vor dem Schöffengericht Schöneberg stattfinden — wegen Beleidigung des Vizepolizeipräsidenten Dr. Weiß und wegen Aufreizung durch ein Gedicht „Die Sturmkolonne“. Auch diesmal war Goebbels nicht erschienen. Er hatte dem Staatsanwalt geschrieben, daß er das Verfahren für unzulässig halte, weil er Reichstagsabgeordneter sei. Das Gericht beschloß die Vertagung und Vorführung des Angeklagten, falls der Reichstag seine Immunität aufheben sollte.

Vorläufig aber darf Goebbels ruhig weiter kneifen.

Rundgebung in Pankow.

Die antifaschistische Rundgebung in Pankow war bald nach Beginn so überfüllt, daß der große Saal in Lindners Konzerthaus polizeilich gesperrt werden mußte. Reichstagsabgeordneter Genosse Litke zeigte die Rolle der Nationalsozialisten als Schutztruppe des Kapitals. Die Nazis behaupten zwar, eine Arbeiterpartei zu sein, aber ihre Vertreter im Reichstag sind Rittergutsbesitzer, frühere Offiziere, Fremde, Fabrikbesitzer, und kaum ein Arbeiter ist darunter. Sie sind also auch außerstande, Arbeiterinteressen zu vertreten, und sie haben auch bis heute noch kein sozialpolitisches Programm. Damit warten sie auf das dritte Reich, inzwischen empfehlen sie den Kranken und Krüppeln den Selbstmord, damit sie ihrer Umwelt nicht mehr zur Last fallen. Während des Metallarbeiterstreiks hat man sich bei den Metallarbeitern anbiedern wollen, aber den Unternehmern haben sie später erklärt, das sei nur geschehen, um die Arbeiter aus den marxistischen Gewerkschaften herauszuloden. In der letzten Zeit hat sich ja auch ihre ablehnende Stellung zum Sozialismus deutlich gezeigt, sie bejahen grundsätzlich das Privateigentum, und auch dem „anständigen“ Privatbankier soll im dritten Reich nichts passieren. Ihr ganzer Kampf gegen den Marxismus ist weiter nichts als ein Kampf gegen die politischen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, gegen kommunistische und soziale Einrichtungen. In die Arbeiterschaft muß heute die Mahnung gerichtet werden, sich keinesfalls provozieren zu lassen, aber wenn die Nazis einen Bürgerkrieg beabsichtigen, werden Sozialdemokratische Partei und Reichsbanner auf der Wacht sein.

Freidenker gegen Kulturfaschismus.

In der Besorgnis um den Fortbestand der bürgerlichen Privilegienwirtschaft finden sich Kapitalisten und Vertreter des reaktionären Teils der christlichen Kirche im Kampf gegen die sozialistische Entwicklung oder, gegen den Marxismus zusammen. In diesem immer schärfer werdenden Klassenkampf hoffen sie gegen die freie weltliche Entwicklung ihre Bestrebungen am erfolgreichsten durchsetzen zu können. Rede- und Sachwendungen harmlosen Charakters werden zu Gotteslästerungen gemacht, und die Erhebung einer Anklage ist sicher. Das erst vor einigen Tagen ergangene Verbot des Remarque-Films hat ungeheure Empörung des gesamten freireligiös gerichteten Volksteils in Deutschland hervorgerufen. Einen harmlosen Werbefilm für Elektrizitätsverbrauch greifte dasselbe Schicksal, weil darin Petrus als behandelnde Per-

son auftrat. Bücher von hohem wissenschaftlichen und literarischen Wert werden beschlagnahmt, Abbildungen und Zeichnungen verboten, Schriftstellern und Künstlern schwebt permanent der Gotteslästerungsparagraph über dem Kopf. Vorzügliche Helferdienste leisten dem Kulturfaschismus auch die Kommunisten. Ihre Spaltungsbestrebungen versuchen sie wie auf dem gewerkschaftlichen und politischen auch auf dem kulturpolitischen Gebiete mit allen Mitteln der Demagogie durchzuführen. In der evangelischen Kirchenpresse findet man oft eine schlimme Hehe gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften, während man den Nationalsozialismus auf den Schild erhebt. Die freireligiös aufstrebenden Arbeiter müssen mehr als bisher auf diese Dinge achten. Der Deutsche Freidenker-Verband e. V., die Organisation von 600 000 Hoffenbewährten Kämpfern, führt einen erbitterten Kampf gegen den auf dem Markt befindlichen Kulturfaschismus. Es ist notwendig, daß er durch Mitgliedschaft und Mitarbeit unterstützt wird.

Wohltätigkeitskonzert der Schupomuster.

Zum Besten ihrer Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen veranstaltete das Sinfonieorchester der Berliner Schutzpolizei unter Leitung von Camillo Hildebrand auch in diesem Jahre ein Weihnachtskonzert im Großen Schauspielhaus. Feierliche Orgelöne — Bachs D-Moll-Fuge — durchbrauten den Riesenraum, von Professor Walter Fischer meisterhaft zu Gehör gebracht. Dann spielte das bestdirigiertere Orchester „Air“ aus der D-Dur-Suite von Bach, Wagners Götterring aus „Rheingold“ und verschiedene Opernouvertüren. In Arien aus „Tosca“ und „Manon“ brillierte die kultivierte Sängerkunst von Joseph Schmidt. Unter den zahlreich erschienenen Gästen bemerkte man Landtagspräsident Bartels, Ministerialdirektor Dr. Klausener, Polizeipräsident Orzeszinski u. a.

Selbstmord eines Lehrlings.

In der Wohnung seiner Eltern, im Hause Eulerstraße 24, verübte gestern abend der 17jährige Tischlerlehrling Paul D. Selbstmord durch Gas. Als die Eltern gegen 18 Uhr heimkehrten, fanden sie ihren Sohn bereits tot auf. Der junge Mann war gestern auf seiner Lehrstelle aus noch unbekanntem Grund plötzlich entlassen worden. Das nahm er sich so zu Herzen, daß er beschloß, aus dem Leben zu scheiden. Die Abwesenheit seiner Angehörigen benutzte er dann zur Ausführung der Bergweilungstat.

Massenvergiftung durch Blausäure.

Zehn Greise und Greisinnen erstickt.

Gitschin, 22. Dezember.

Montag kam es in dem Altersversorgung- und Armenhaus in Gitschin zu einer Massenvergiftung durch Blausäuredämpfe, der bisher zehn Personen erlagen.

Das sehr alte Gebäude sollte nach behördlicher Anordnung gründlich von Insekten gereinigt werden. Die Reinigung wurde einer Prager Firma übertragen, die die Räume der Reihe nach mit Cyanwasserstoff durchgastete. Laut Vorschrift dürfen die Wohnräume dann erst nach 30stündiger Lüftung wieder betreten werden. Die Insassen aber suchten wegen der Kälte die Räume schon drei Stunden nach der Durchgastung wieder auf, wobei sie sofort Vergiftungssymptome zeigten. Einzelne der Vergifteten verfielen in Krämpfe. Sechs starben sofort, 17 weitere Insassen mußten in das Krankenhaus geschafft werden, wo vier von ihnen starben. Mit einer Ausnahme sind alle Verstorbenen über 80 Jahre alt. Der verantwortliche Beamte der Prager Reinigungsgesellschaft ist verhaftet worden.

Eisenbahnunglück in Südslawien.

Ein Toter und zehn Verletzte.

Belgrad, 22. Dezember.

Auf der Strecke Sarajewo—Bilegrad—Belgrad ereignete sich am Montag ein Eisenbahnunglück, durch das eine Person getötet, sechs schwer und vier leicht verletzt wurden. Durch einen Erdrutsch, der die Strecke verlegte, entgleiste die Maschine eines Personenzuges und riß einen Salon- und zwei Personenwagen mit sich. Die Maschine überschlug sich und wurde schwer beschädigt. Die zwei Personenwagen wurden zertrümmert.

Kältewelle über Frankreich.

Der Winter ist im größten Teil Frankreichs mit Macht eingezogen. Die Kälte ist im Osten und im Zentralmassiv sehr empfindlich. Im letzteren Gebiet fiel das Thermometer auf 15 Grad unter Null, in Clermont-Ferrand auf minus 7, in Dijon auf minus 5 und in Straßburg auf minus 4 Grad.

The advertisement features a large illustration of a bear standing on a box labeled 'JOSETTI JUNO'. The bear is looking towards a cityscape in the background, which includes a prominent clock tower. Above the bear, the text 'Was sagt der Bär?' is written in a stylized font. In the top right corner, there is a small logo for 'KON LINON' and a pack of 'JUNO' cigarettes.

Auf jedem Gabentisch

erwartet den Raucher seine Lieblingsmarke und im weihnachtlichen Kerzenschimmer vermischt sich bald der würzige Duft der Tanne mit dem herrlichen Aroma von:

Josetti Juno
Berlins meitsgeraucher 43 Cigarette

„Gemilderter“ Lohnabbau?

Unter dem Druck der Schlichter und des Reichsarbeitsministeriums.

Es gibt jetzt nicht nur noch verbindlich erklärte Schiedsprüche von 7 1/2 oder 8 Prozent Lohnabbau. Die neueste Methode ist die Fällung von Schiedsprüchen, die über diese Sähe noch hinausgehen, wie bei den Banken bis zu 13 1/2 Prozent, in der hannoverschen Metallindustrie sogar bis zu 17 Prozent. Dann werden bei den Unterhandlungen, da die Unternehmer zwar keine Zwangsschiedsprüche leiden können, aber den Lohnabbau gern nehmen, beide Parteien „unter Druck“ geföhrt. Die Folge ist dann gewöhnlich, daß eine „freie Vereinbarung“ zustande kommt, die einen mehr oder weniger erheblich geringeren Lohnabbau vorsieht. Im Reichsarbeitsministerium reißt man sich über soviel Schläue selbstgefällig die Hände: Freie Vereinbarung! Wer kann da noch behaupten, daß der Reichsarbeitsminister die Löhne abbaut?

Wir wissen nicht, ob man im Reichsarbeitsministerium wirklich glaubt, die Deffentlichkeit oder gar die Arbeiterschaft könnte durch solche Tricks getäuscht werden. Die Verantwortung des Reichsarbeitsministers bleibt! Wie sein sogenanntes Arbeitsbeschaffungsprogramm, durch das annähernd 500 000 Arbeiter in die Produktion eingereicht werden sollten, mit einer beispiellosen Verschärfung der Wirtschaftskrise endete, so wird der Lohnabbau, durch den die Wirtschaft „angesturbt“ werden soll, in eine Katastrophe des Arbeitsmarktes ausgehen. Um das vorauszu sehen, dazu bedarf es keiner besonderen Prophetengabe noch großer nationalökonomischer Kenntnisse. Eine Dosis gesunden Menschenverstandes genügt, um zu erkennen, daß Lohnabbau gleichbedeutend mit Kürzung der Kaufkraft ist. Und da sonst am Horizont keinerlei „Silberneisen“ zu entdecken ist, muß die Abdroffelung des Innenmarktes durch Lohn- und Gehaltskürzung zur Wirtschaftskatastrophe führen.

Inzwischen freuen sich die Kommunisten. Sie können nun die freien Gewerkschaften „entlarven“. Sie hoffen, endlich ihre feuntüchtige KPD. statt zu kriegen. Auch diese Hoffnung wird verfallen. Die KPD., die ihre unsichere Existenz mit einem Lohnabbau der Zeitungsausträger der kommunistischen Presse um 33 Prozent begann, wird auch von den Tricks des Reichsarbeitsministeriums nicht profitieren. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte weiß, daß ohne das Reichsarbeitsministerium und seinen Schlichtungsinstanzen die Gewerkschaften viel besser abschneiden würden. Das ist der Kernpunkt! Der „gemilderte“ Lohnabbau ist in Wirklichkeit ein über das Maß der beiderseitigen Kräfte hinaus verschärfter Lohnabbau.

„Freie Vereinbarung“ für Hannover.

3 1/2 bis 7 1/2 Proz. Lohnkürzung.

Gestern fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen für die hannoversche Metallindustrie statt. Wie erinnert sich war in Hannover, wo sich die Metallarbeiter im Streit befinden, ein Schiedspruch gefällt worden, der die Effektivlöhne um etwa 17 Prozent kürzte. Die Verhandlungen im Reichsarbeits-

ministerium fanden statt auf Grund eines Antrags der Unternehmer, den Schiedspruch für verbindlich zu erklären. Bei diesen Verhandlungen kam es schließlich zu einer Vereinbarung. Danach sollen die Zeittlöhne um 3 1/2 Prozent, die Zeittlöhne mit Leistungszulagen (diese sollten nach dem Schiedspruch überhaupt in Wegfall kommen) um 5 Prozent gekürzt werden. Die Akkordbasis bleibt unverändert 95 Pfennig. Die Akkordpreise sollen um 7 1/2 Prozent gekürzt werden.

Die tatsächlichen Verdienste in der hannoverschen Metallindustrie liegen weit über der Akkordbasis. Die Unternehmer hatten die Herabsetzung der Akkordgrundlage auf 80 Pfennig gefordert und der Schiedspruch ist ihnen sehr weit entgegengekommen.

Bezüglich des Manteltarifes waren im Schiedspruch erhebliche Verschlechterungen vorgesehen. Nach der Vereinbarung, die gestern getroffen wurde, bleibt der Manteltarif bis zum 31. Januar unverändert bestehen, doch sollen im Laufe des Monats Januar unter dem Vorbehalt des Schlichters von Brandenburg neue Verhandlungen über den Manteltarif stattfinden. Maßregelungen finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Einstellungen von fremden Arbeitskräften dürfen bis zum 31. März nur vorgenommen werden, wenn die Streikenden alle wieder eingestellt sind. Das Abkommen gilt bis zum 31. Mai 1931.

Auch Breslau „vereinbart“!

Im Lohnarbitratreit der Breslauer Metallindustrie fanden vorige Woche im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 22. November d. J. statt, der die Zeittlöhne um 5, die Akkordlöhne um 7 1/2 Prozent abbaut. Die Parteien schlossen eine Vereinbarung, wonach mit Wirkung vom 15. Dezember die bisherigen Zeittarifsätze für die gelernten und angelernten Arbeiter um 6 Prozent, für die ungelernen Arbeiter um 5 Prozent, für die Frauen um 4 Prozent, und die bisherigen Akkordsätze um 6 Prozent gekürzt werden.

Zimmer doller.

Schlesische Ziegelfabrikanten an der Spitze.

Einen neuen Rekord in der Lohnabbaukampagne der Unternehmer haben die schlesischen Ziegelbarone aufgestellt. Sie fordern nicht weniger als 20 Prozent Lohnsenkung. Dabei gehören die Spitzenlöhne der schlesischen Ziegelindustrie mit zu den niedrigsten in Deutschland. In der ersten Ortslohnklasse (Breslau usw.) betragen sie jetzt für qualifizierte Ziegeleischarbeiter 74, für ungelernete Arbeiter 63, für Arbeiterinnen 45 und für Handwerker 84 Pf. In der niedrigsten Ortsklasse für qualifizierte Ziegeleischarbeiter 64, ungelernete Ziegeleischarbeiter 51, Arbeiterinnen 38, und Handwerker 72 Pf. Offenbar wollen die schlesischen Ziegeleisfabrikanten ihren Arbeitern das Essen abgewöhnen.

sonnte. Der gezahlte Durchschnittsbeitrag von über 40 M. pro Kopf dürfte als Spitzenleistung gewerkschaftlicher Weihnachtshilfe anzusprechen sein. Ein schöne vorbildlicher Akt freigewerkschaftlicher Solidarität!

Jedder Hütte droht mit Aussperrung.

Sie will den Lohnabbau erzwingen.

Peine, 22. Dezember.

Die Ueber Hütte und das Peiner Bolzwert haben den beim Reichsarbeitsministerium gestellten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 12. November 1930, der einen achtprozentigen Lohnabbau vorsieht, zurückgezogen. Da sich eine neue Kollektivregelung der Arbeitsbedingungen als aussichtslos erwiesen hat, wollen die Werke versuchen, den Inhalt des bestehenden Schiedspruchs zum Gegenstand von Arbeitsverträgen mit den einzelnen Arbeitern zu machen. Sie haben deshalb vorsorglich allen Arbeitern zum 3. Januar gekündigt und sich gleichzeitig bereit erklärt, falls eine genügende Anzahl von Arbeitern damit einverstanden ist, zu den Lohnbedingungen des Schiedspruchs die Arbeit fortzuführen, allen diesen Arbeitern gegenüber die Kündigung zurückzunehmen, andernfalls sollen die Betriebe stillgelegt werden.

Lohnabbau nach Schema F.

Wie die Wirtschaft „angesturbt“ wird.

Die Normung macht in Deutschland geradezu phantastische Fortschritte, aber nicht in der Warenfertigung, sondern in der Lohnpolitik der deutschen Unternehmer. Jeder Tarifkündigung folgt auf dem Fuße die Forderung nach einem Lohnabbau, in der Regel von 15 Prozent. Die einzelnen Unternehmerverbände tüten gut daran, „im Interesse der Senkung der Geschäftskosten“ bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Herstellung einheitlicher Tarifkündigungs-schreiben zu beantragen, in denen nur noch der Kopf des betreffenden Arbeitgeberverbandes und die Unterschrift des Verbandspräsidenten einzusetzen wäre.

Mit der schematischen Forderung auf 15 Prozent Lohnabbau ist nunmehr auch die Arbeiterschaft der Berliner Verbandsmittelindustrie „beglückt“ worden. Der Arbeitgeberverband der Verbandsmittelhersteller hat, nachdem er den Lohnarbitratreit für die Arbeiter und Arbeiterinnen zum 31. Dezember gekündigt, dem Gesamtverband gnädigst mitgeteilt, daß er zum Neuaufschluß des Lohnarbitratreit auf der Basis eines 15prozentigen Lohnabbaues bereit sei.

Der Gesamtverband hat von diesem „wohlwollenden“ Angebot jedoch keinen Gebrauch gemacht, sondern dem Arbeitgeberverband kurz und bündig mitgeteilt, daß er jede direkte Verhandlung über einen Lohnabbau in der Verbandsmittelindustrie ablehne, da

die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Industrie schon jetzt so niedrig sind, daß sie nicht ausreichen zum Erwerb der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel. So beträgt z. B. der Bruttolohn eines zwanzigjährigen Arbeiters bei 48stündiger Arbeitszeit 31 Mark die Woche und der eines über 21 Jahre alten Arbeiters 41 Mark. Daß diese „hohen“ Löhne erst im März dieses Jahres festgelegt worden sind, kümmert die Unternehmer gar nicht. Die Hauptfrage für sie ist, daß sie die große Mode des Lohnabbaues mitmachen.

Die KPD. befiehlt Streik.

Die Antwort der Kumpels.

Bochum, 22. Dezember.

Wie angeordnet, werden jetzt die Bergarbeiter des Ruhrgebiets von der KPD. zum Streik kommandiert. Dazu wird vom Bergbauindustrialarbeiterverband erklärt, daß weder die kommunistische Partei noch die KPD. befügt ist, im Namen der Ruhrbergarbeiter zu sprechen. Ob und wann die Ruhrbergarbeiter vom Streik Gebrauch machen, das entscheiden die Mitglieder und Funktionäre der Bergarbeitergewerkschaften. Noch haben die Schlichtungsverhandlungen nicht stattgefunden. Solange aber eine Neuregelung des Lohnarbitratreit aussteht, gilt der alte Lohnarbitratreit weiter. Es ist daher ebenso unsinnig wie unverantwortlich, schon jetzt Streikparolen herauszugeben. Daß die Kommunisten mit der Proklamation des Bergarbeiterstreits nicht von den Interessen der Bergarbeiter, sondern von parteipolitischen Gesichtspunkten ausgehen, zeigen die Richtlinien, die sie zur Auslösung und Durchführung des Streits herausgegeben haben. Der Kampf soll ein großer politischer Massenstreik werden. Er richtet sich gegen die Brüning-Regierung und gegen die Preußenregierung. Diese Kampfsätze entsprechen auch den heftigsten Bemühungen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Die KPD. als sogenannte Arbeiterpartei schämt sich also nicht, die Ziele der Reaktion in Deutschland zu verwirklichen. Bezeichnend für die wirklichen Absichten der kommunistischen Streitmäcker ist die Bemerkung in den Richtlinien: „Bei der Durchführung des Bergarbeiterkampfes als eines politischen Kampfes müssen hundertfältig von den Belegschaften Beschlüsse geföhrt werden, die geloben, unsere politische Führerin ist allein die KPD. Ihr allein gehört unser Vertrauen.“ Die Bergarbeiter müssen daher gegen den Mißbrauch ihres wirtschaftlichen Interessentempes durch die kommunistischen Geschäftsmäcker energisch protestieren.

Sie sagt anders wie er.

Aber beide sagen dasselbe.

Nach fast 1 1/2-jähriger Prozeßführung ist es dem Gesamtverband gelungen, die Klage des Betriebsratsobmanns Burschke von der Terra-Glashaus G. m. b. H. vor dem Arbeitsgericht erfolgreich zu beenden.

Der Kläger war im Juli 1929 schuldig entlassen worden, weil er in einem anderen Prozeß vor dem Amtsgericht als Zeuge gegen die Terra-Glashaus G. m. b. H. aufgetreten war. Seitdem ist wohl ein Prozeß vor dem Arbeitsgericht so reich an Zwischenfällen gewesen wie dieser. War der Vertreter des Gesamtverbandes einmal gezwungen, den Arbeitgeberbesitzer wegen Befangenheit abzulehnen, so sah er sich gleichfalls genötigt, gegen die Tätigkeit des Syndikus der Filmindustrie, Dr. Friedmann, energisch vorzugehen. Dieser Syndikus stand schon seit Jahren in dem Verdacht, die Vertretung vor dem Arbeitsgericht gewerkschaftsmäßig zu betreiben. Während dieses Prozesses ist es endlich gelungen, wie wir seinerzeit berichtet haben, zu beweisen, daß dieser Verdacht zu Recht bestand. Bezeichnend ist es, daß sich auch die kommunistische Filmverleihergesellschaft Prometheus des Herrn Dr. Friedmann bediente, um Klagen gegen ihre Arbeiter führen zu lassen.

In der Klage des Betriebsratsobmanns gegen die Terra-G. unterlag der Kläger zunächst, weil Dr. Friedmann behauptete, er sei nicht bei der Beklagten als Mitglied des Betriebsrats gewählt worden, sondern bei der Terra-Glashaus G. m. b. H.; diese sei aber ein rechtlich selbständiger Betrieb. Darauf strengte Burschke die Klage gegen die Terra-Glashaus G. m. b. H. an. Da Dr. Friedmann wegen gewerkschaftlicher Prozeßverleitung vom Arbeitsgericht zurückgewiesen worden war, trat an seine Stelle seine Ehefrau! Sie wollte aber jetzt die Kammer davon überzeugen, daß die Terra-G. und die Terra-Glashaus G. m. b. H. ein einheitlicher Betrieb wäre. Dieser Auffassung standen jedoch bereits zwei Arbeitsgerichtsurteile, darunter eins des Landesarbeitsgerichts Berlin, entgegen.

Die Kammer 40, unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats W. J. J. J., verurteilte deshalb die Terra-Glashaus G. m. b. H. entsprechend dem Antrag des Gesamtverbandes zur Zahlung von 133 440 M. Damit dürfte das Rechtsverhältnis beider Firmen nun endgültig festgestellt sein. Den Vorsitzenden der Spruchkammer beim Arbeitsgericht dürfte dieser Prozeß aber auch Veranlassung geben, in Zukunft die Vertretungsberechtigung des Herrn und Frau Dr. Friedmann sehr eingehend zu prüfen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beute, Dienstag, 19 1/2 Uhr, lagen die Gruppen: **Erntewort**: Gruppenheim, Schul-Weihnachtsfeier, 20-24 (Kortimarkt), Weihnachtsfeier. **Spandau**: Gruppenheim, Stadt, Jugendheim, Einheitsfeier, 1. Disziplinabend: „Unter Wägen“, **Konkurrenz**: West: Stadt, Jugendheim, Pflanz-Str. 18, Weihnachtsfeier. **Wilmersdorf**: Jugendheim, Pflanz-Str. 22, es laut in unfern Jugendheim. **Neu-Westend**: Jugendheim, Pflanz-Str. 44. Wir feiern Weihnachten. **Wankow**: Gruppenheim, Wankow, Altkirchstr. 48, Weihnachtsfeier der Gruppe. **Gewerkschaftshaus**: Gruppenheim, Pflanz-Str. 24-26, Coal II des Februarbeiterverbandes, Vortrag: „Wie rufe ich zur Arbeit?“. **Wilmersdorf**: Jugendheim, Pflanz-Str. 1. Weihnachtsfeier. **Wilmersdorf**: Jugendheim, Pflanz-Str. 3, Weihnachtsfeier der Gruppe. **Ostend**: Wir feiern mit der Gruppe Neu-Westend in der Gunterstraße, Weihnachtsfeier. **Das Jugendsekretariat** ist heute in der Zeit von 16 bis 19 Uhr zur Adolana der Mittellingsblätter, Ausgabe Januar, geöffnet.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwesensten

Beute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Wankow**: Jugendheim, Pflanz-Str. 18-19, Abend eigener Ausschaltungs. **Erntewort** und **Wilmersdorf**: Lebungsabend pünktlich 20 Uhr in der Turnhalle der Schule, Pflanz-Str. 30, Leitung: Otto Holmann. **Kortimarkt** für die Jugendverteilung der Volksküche am 1. Januar zum Streik von 30 Pf. sind im Jugendsekretariat zu haben.

Wilmersdorf: Die Geschäftsstellen des Ortsrats Berlin und des Bezirksrats Brandenburg des Arbeiterinnen freien Angestelltenbundes, Einzelver 24-26, Beiden vom 21. Dezember, 13 Uhr, bis einschließlich 28. Dezember, und vom 31. Dezember, 12 Uhr, bis einschließlich 1. Januar geschlossen.

Reichsbahn gegen Tarifvertrag.

Protest der Eisenbahner.

Am Montag tagten die Betriebs- und Beamtenräte des Westfälischen Eisenbahndistrikts und der Bahnunterhaltung einschließlich der in Frage kommenden Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner, um Stellung zu nehmen zu den im Januar bis März 1931 von der Reichsbahnhauptverwaltung angeordneten Feiertagen bzw. der Entlassung von 25 000 Arbeitern in den vorgenannten Betriebsstätten. Nach einer äußerst regen und für die Reichsbahnhauptverwaltung vernichtenden Kritik wurde folgende Entschliehung gegen fünf KPD.-Stimmen angenommen:

„Die am 22. Dezember tagende Funktionärskonferenz sieht in der bereits jetzt (ohne Zustimmung der Tariforganisationen) über die Dienststellen angeordneten Durchführung von wöchentlichen Feiertagen im nächsten Vierteljahr bzw. der Androhung einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses, falls die Arbeiter ihre Zustimmung nicht geben, einen großen Verstoß gegen den Bestand des Reichstarifvertrages, der als

Schwere Verletzung der Friedenspflicht.

die nicht nur für die Mitglieder der Tarifgewerkschaften, sondern auch für die andere Tarifvertragspartei, die Reichsbahngesellschaft, gilt, angesehen wird. Dieses diktatorische Vorgehen der Reichsbahnhauptverwaltung, das bisher erfreulicherweise von den Tarifgewerkschaften und dem Hauptbetriebsrat als Verhandlungsgrundlage abgelehnt wurde und auch selbst Widerspruch im Reichsarbeitsministerium ausgelöst hat, hat lediglich den Zweck, den seit Jahren umstrittenen Reichslohnarbitratreit zu zerreißen. Die Konferenz erwartet, daß die Tarifgewerkschaften ihre Mitglieder, so lange im Betriebs- und Verkehrsweesen noch 54 bis 60 Stunden pro Woche nebst Ueberstunden geleistet werden, vor Arbeitslosigkeit, der Kündigung und vor dem weiteren Einlegen von Feiertagen mit allen zulässigen Mitteln schützen. Die Versammelten geloben ihren Kollegen in der nächsten Woche sich immer mehr zur spitzenden Situation sich gewerkschaftlich organisieren, vor allen Dingen in der führenden Organisation, dem Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.“

Das ist Solidarität!

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten hat in den Betrieben eine Weihnachtssammlung zur Unterstützung der arbeitslosen Bankangestellten und ausgesetzten Mitglieder durchgeführt. Das Ergebnis der Sammlung besteht darin, daß der Verband eine besondere Weihnachtsspendenkollektion bis zum Höchstbetrag von 150 M. zur Auszahlung bringen



Sie sollten bei zu starkem Essen zu Weihnachten auch nicht vergessen, daß Magenbeschwerden, Brennen im Hals verhütet werden durch Bullrich-Salz.

Leisa Löwland

Bullrich-Salz

vorzüglich bei Sodbrennen und Magenbeschwerden

Pulver 250g 060 **TABLETTEN** 0,25 u 1,50

Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. Fleisch und leicht verderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen. Verkauf soweit Vorrat. Mengenabgabe vorbehalten. Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellungen von 5,00 Mk. an.

Preise nur für Dienstag und Mittwoch

Präsenkörbe in grosser Auswahl und vielen Preisstufen Billige Angebote in Konfitüren und Kuchen

Weihnachtsobst

Mandarinen	Pfd. 0,32
Apfelsinen	4 Pfd. 0,85
Jaffa-Apfelsinen	3 Pfd. 1,00
Ananas frisch	Pfd. von 0,80 an
Tafeläpfel amerik.	Pfd. v. 0,38 an
Haselnüsse	Pfd. von 0,54 an
Walnüsse	Pfd. 0,44
Paranüsse	Pfd. 0,70
Krahmandeln	Pfd. 0,68
Traubenrosinen	Pfd. 0,80
Datteln im Karton	0,48
Feigen im Paket	0,25
Erdnüsse	Pfd. 0,45
Zitronen	Dtz. von 0,38 an
Rotkohl	Pfd. 0,04
Grünkohl	Pfd. 0,10
Rosenkohl	2 Pfd. 0,35
Blumenkohl	Kopf von 0,25 an
Sellerie	3 Pfd. 0,20
Möhren gewaschen	Pfd. 0,05
Rote Rüben	Pfd. 0,05

Wurstwaren

Sülzwurst	Pfd. 0,88
Speckwurst	Pfd. 0,88
Hausm.-Leberw.	Pfd. 0,95
Speck fett	Pfd. 0,98
Dampfwurst	Pfd. 0,98
Fleischwurst	Pfd. 0,98
Jagdwurst	Pfd. 1,15
Knoblauchwurst	Pfd. 1,15
Mettwurst Brannschw.	Pfd. 1,20
Schinkenpoln.	Pfd. 1,20
Feine Leberwurst	Pfd. 1,30
Speck mager	Pfd. 1,30
Zerelat, Salamipfd.	1,48
Teewurst fein	Pfd. 1,60
Schinkenspeck	Pfd. 1,65
Gek. Schinken in Stücken	Pfd. 1,80
Zerelat Pfd. 1,85	
Nußschinken	Pfd. 1,85
Gänseleberw.	Pfd. 2,00
Thüring. Zerelat oder Salamipfd.	2,60
Gänsebrust g. u. k.	Pfd. 2,90

Räucherwaren

Büchlinge	Pfd. von 0,40 an
Schellfisch ger.	Pfd. 0,38
Seelachs ger.	Pfd. 0,35
Rotbars geräuch.	Pfd. 0,40
Nordseekrabben	
Dose 0,40, 0,80, 1,25	
Leckerbissen Dose 7,25	0,75
Sardellen Dose 0,85, 0,80	0,40
Sardinen Marke "Berline", Dose v.	0,50 an

Fische

*Kabeljau gross, o. K. ganzer, Pfd.	0,20
*Seelachs gross, o. K. i. ganzer, Pfd.	0,20
*Rotbars i. ganzer, Pfd.	0,20
*Austernfisch abgezogen, i. ganzer, Pfd.	0,30
*Kabeljaufilet Pfd.	0,38
*Zander gefr. Pfd. v.	0,60 an

*Lebende Karpfen

Pfd. von 0,98 an

*In allen Klassen ausser Andreasstr.

Käse und Fette

Dän. Butter	Pfd. 1,78
Tafelbutter	Pfd. 1,52, 1,64
Molkereibutter	Pfd. 1,40
Margarine	Pfd. 0,40
Kokosfett	Pfd. 0,42
Bratenschmalz	Pfd. 0,70
Griebenschmalz	Pfd. 0,78
Rohschmalz	Pfd. 0,78
Allg. Stangenkäse 20% Fett	Pfd. 0,54
Dän. Schweizer 30% Fett	Pfd. 0,84
Edamer vollfett	Pfd. 0,90
Edamer 20% Fett	Pfd. 0,66
Gouda 20% Fett	Pfd. 0,90
Tilsiter vollfett	Pfd. v. 0,84 an
Schweizerkäse Pfd. v.	1,18 an
Emmenthal o. Blinde	Pfd. 0,98
Tilsiter 30% u. Blide	Pfd. 0,70
Briekäse vollfett	Pfd. 0,95

Konfitüre

Elmer ca. 2 Pfd.	0,00
Präselkuchen	0,00
Pflaumen	0,05
Apfelkuchen, Johannisbeeren	1,15
Erdbeer, Kirsche, Himbeer	1,30

Kolonialwaren

Auszugmehl 100%	Pfd. 0,28, 0,26
Stadlerrot, 2 Pfd.-Beutel	0,58
Stadlerrot, 6 Pfd.-Beutel	1,40
Süsse Mandeln	Pfd. 1,40
Bittermandeln	Pfd. 1,50
Rosinen grosse	Pfd. 0,42
Korinthen	Pfd. von 0,42 an
Maispuder	Pfd. 0,30
Orangeat	Pfd. 1,00
Zitronat	Pfd. 1,20
Kartoffelmehl	Pfd. 0,16
Eierbandnudeln	Pfd. 0,45
Eierfadennudeln	Pfd. 0,48
Blauer Mohn	Pfd. 0,42
Weisser Mohn	Pfd. 0,55
Brudermakaroni	Pfd. 0,46
Italienischer Reis	Pfd. 0,26
Blue rose	Pfd. 0,34
Bäckobst	Pfd. von 0,45 an
Kaffee	Pfd. von 1,90 an
Tee	Pfd. von 3,90 an

Konserven

Stangenspargel extra stark	2,70
Stangenspargel sehr stark	2,50
Stangenspargel mittelstark	2,40
Stangenspargel 50/60	2,20
Bredspargel stark	2,45
Bredspargel mittel	2,40
Bredspargel dünn	1,90
Kaisersdölen	1,30
Junge Erbsen sehr fein	1,10
Junge Erbsen fein	1,00
Gemüseerbsen	0,54
Gem. Gemüse mittel	0,98
Berliner Allerlei	0,75
Konsummischung aus getrocknet. Erbsen hergestellt	0,48
Apfelsmus	0,58
Birnen 1/2 Frucht	1,15
Erdbeeren	1,35
Heidelbeeren	0,95
Süsskirschen mit Stein	0,95
Mirabellen	0,95
Pflaumen mit Stein	0,60
Pflaumen ohne Stein	0,76

Frisches Fleisch

Schweinebauch ohne Beilage	Pfd. 0,88
Schweineschulterblatt	Pfd. 1,04
Schweineschinken mit Beilage	Pfd. 1,08
Schweinekamm & Schuftl. B.	Pfd. 1,12
Schweinekotelett	Pfd. von 1,18 an
Kassler mild	Pfd. von 1,08 an
Rückenfeil bratfertig, o. Schwarz	Pfd. 0,78
Eisbein mit Spitzbein, gepökelt	Pfd. 0,74
Kalbskamm	Pfd. von 0,86 an
Kalbskeule bis 8 Pfd. schwer, ganz und geteilt	Pfd. von 1,08 an
Kalbsbrust u. Rücken	Pfd. von 0,98 an
Kalbskotelett	Pfd. von 1,48 an
Schmorfleisch Keule, o. Knochen	Pfd. 1,24
Schweineköpfe mit Backe	Pfd. 0,46
Hammelvorderfl. getror.	Pfd. v. 0,58 an

Weine und Spirituosen

1929 er Windshelmer Altenberg 1/2 Flasche 10 Fl.	9,95
1929 er Senheimer Lay, Mosel 1/2 Flasche 10 Fl.	12,00
1929 er roter Terragona 1/2 Flasche 10 Fl.	12,00
1928 er Oppenheimer Goldberg 1/2 Flasche 10 Fl.	15,00
Sehr alter weisser Terragona 1/2 Flasche 10 Fl.	16,50
1923 er Chateau Grand Poujeaux 1/2 Flasche 10 Fl.	16,50
1929 er Zeller schwarze Katz 1/2 Flasche 10 Fl.	17,50
Unsere Spezialitäten! Deutscher Weinbrand *** 1/2 Fl. 2,50	
Jamaica-Rum-Verschn. 40% 1/2 Fl. 4,50	
1928 er Niersteiner Domfel 1/2 Flasche 10 Fl.	1,85
1927 er Winkler Hasensprung 1/2 Flasche 10 Fl.	2,50
1926 er Berncastler Badstube 1/2 Flasche 10 Fl.	2,75
Melito Pale Sherry 1/2 Flasche 10 Fl.	2,75
1929 er Oppenheim. Krötenbrunnen 2,85	26,00
1921 er Edener Treppchen, Nahgew. 3,75	35,00
Orig. Madecasse Douro-Portwein 3,75	35,00
Ausnahme-Angebot! Carthäuser, Cherry Brandy, Curacao + Orange 1/2 Flasche 2,95	

Unsere Lebensmittel-Abteilungen unterstehen der ständigen Kontrolle u. Aufsicht des staatlichen Lebensmittelchemikers Dr. Lebbin u. des Polizeiarztes Dr. A. Hoepfner.

Dienstag, 23. 12.

Staats-Oper

Unter d. Linden
114 A.-V.
19 1/2 Uhr

Schwanda, der Dudelsackpfeifer
Ende 8. 22 Uhr

Dienstag, 23. 12.

Städt. Oper

Bismarckstr.
Turnus II
19 1/2 Uhr

Hänsel u. Gretel
Die Puppentheater
Ende 21 1/2 Uhr

Staats-Oper

An Platz der Republik
V.-B.
20 Uhr

Neues vom Tage
Orff, Kantate
Ende 22 1/2 Uhr

Staats. Schiller-Theater, Charlthg.

20 Uhr

Guten Morgen, Herr Fischer!
33 Minuten in Grünberg
Ende 22 1/2 Uhr

Winter Garten

8 1/2 Uhr. Zeitr. 2013. Enden erl. abt.

Alex Hyde und seine 12 Musical-Ladies. 4 Karroys. Cotillon. Willi Schöffers. Fischer-Köpfe usw.

Legt unsere Eintrittskarten auf d. Weihnachtstisch! Der Vorverkauf ist ab 10 Uhr vorm. immer geöffnet.

HAUS VATERLAND

Des Vergnügungs-Restaurant Berlins

BETRIEB KEMPINSKI

Neues Theater

am Zoo
Am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554

Täglich 8 1/2 Uhr

Der jr. Lächerfolg!

Guido Thielscher
Das öffentliche Aergernis

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Schön ist die Welt

Operette von Lehár
Richard Taubert, Gitta Alpar, Schützendorf.

Weihnachten auch nachm. 4 Uhr kleine Preise.

CIRCUS VARIETE BUSCH

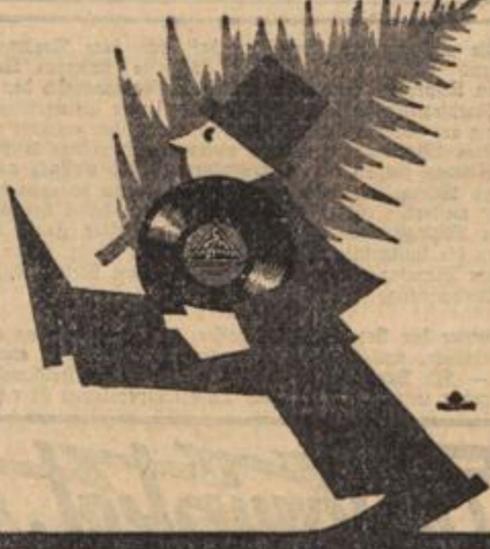
Tägl. 2 Vorst. 19. Weihnachtsprogramm 3500 nachm. 4 1/2 U. 30 Pfg. 1.50 Mk. abends 8 1/2 U. 30 Pfg. - 3. - Mk.

1. und 2. Feiertag

10 30 Vorstellung: 2 1/2, 5, 7 1/2, 10 U.

Das grandiose Festprogramm !!

Das große Andrange weg. empfiehlt es sich K. u. L. im Vorverkauf zu besorg.



TRI-ERGO SCHALLPLATTEN

werden photo-elektrisch aufgenommen und überraschen durch Lautstärke, Klangfülle und plastische Wiedergabe.

Bezugsquellen-Nachweis:
Tri-Ergon Musik A.-G., Berlin SW. 68, Ritterstraße 46-47. Tel.: Dönhoff 2512-13

Rose - Theater

Gr. Frankfurter Str. 132
Tel. Alex. 3422 u. 3491

8 1/2 Uhr

Die Dollarprinzessin

Piscator-Bühne (Wallner - Theater)
Alex. 4592-93.

8 1/2 Täglich 8 1/2

Mond von links

8 1/2 Täglich 8 1/2

Preis 0,50-6,00 M.

CASINO-THEATER

Lothringer Straße 57

Nur noch bis 31. Dezember

Der keusche Lebemann

und das große Festprogramm

Am 1. Januar zum ersten Male:

Biederleute

Gutschein 1-4 Pers. Pauteuil 1,25 M. Sessel 1,75 M. - Sonstige Preise Parkett 75 Pfg., Rang 60 Pfg.

Lessing - Theater

Täglich 8 1/2 Uhr

Der große Lustspielerfolg

Max Adalbert in Der Mann, der schwelgt

Weihnachtspremiere

Monsell Nitouche
Tollman, Adalbert, Jäken

Lustspielhaus Kurt Götz

Täglich 8 1/2 Uhr

sowie an beiden Weihnachtsfeiertagen

Vom Leben und Lachen

GROSSES SCHAUSPIELHAUS

TÄGL. 8 UHR

Im weissen Rössl

Singspiel in vielen Bildern.

Cam. Spira, Hanses, Lieske, Wallburg, Arno, Jankuhn, Paul Hörbiger, Lens, Schaeffers, Winkelstein, Rölls, Deunt, Stark - Gaststättenbauer.

Original Tiroler Waisenhäuser, Original Tiroler Jodelrinnen-Quintett, Musik-Trio aus Schliersee, Jazz-Band / Girls u. Boys / Grosse Chöre.

Der Zeit entsprechend sind, trotz des steigenden Andranges, um 25% erm. die Kassenspreise um 25% mässigt.

Mittwoch, den 24. Dez. geschlossen!

An beiden Weihnachtstagen 2 Vorstellungen. Nachm. 3 Uhr Abendbesetzung. Ermäßigte Preise.

Regie: Erik Charell

Kammerspiele

7 1/2 Uhr

Deutsche Uraufführung

Julius Jullien

von Tristan Bernard
Deutsch von Joseph Chaplin
Regie: Hans Zopp
Uraufführung: 8. u. 10. Okt.

Deutsches Theater

8 Uhr

Elisabeth von England

von Ferd. Brockner
Regie: Helmut Hilpert

Die Komödie

7 1/2 Uhr

Die Fee

von Franz Molnar
Regie: Stefan Hock.

Volksbühne

Theater am Mühlplatz.

8 Uhr

Defraudanten

mit Max Pailenberg
Reg.: Karl Helmut Martin

Staats. Schiller-Th.

8 Uhr

Guten Morgen, Herr Fischer

33 Minuten in Grünberg

Theater am Schilfbauerdamm

8 1/2 Uhr

Die Quadratur des Kreises

Staatsoper
Am Pl. d. Republik
8 Uhr

Neues vom Tage

ROSE THEATER

Große Frankfurter Straße 132
Telefon: Alex. 3477 u. 3491

Unser Spielplan an den Weihnachtstagen!

An allen 4 Feiertagen je 3 Vorstellungen.

Am 25. und 26. Dezember (1. und 2. Feiertag) 3 Uhr zum letzten Male:

Familie Hannemann

5.45 Uhr: Hokuli
9 Uhr: Dollarprinzessin

Am 27. Dezember (3. Feiertag) 4 1/2 Uhr:

Bastelhaus u. Quasselgreife

7 Uhr: "Die Dollarprinzessin"

Am Sonntag, 28. Dezember zum letzten Male:

Peterchens Mondfahrt!

5.45 Uhr: "Die Dollarprinzessin"

9 Uhr: "Die Dollarprinzessin"

Auch mit der neuen Untergrundbahn, Haltestelle "Strohbürger Pl." zu erreichen

Vorverkauf 11-1 u. 4 1/2 Uhr.

Deutsches Künstler-Theat.

Barbar. 3937. 8 1/2 Uhr

Zum goldenen Anker

mit Käthe Horst
1. und 2. Weihnachtstages
nachm. 3.30 Uhr

Zum goldenen Anker

Premierenbesetzung
Ermäßigte Preise

Renaissance-Theater

Steinplatz 6780
8 1/2 Uhr

Muß die Kuh Milch geben?

mit: Albert Bassermann
3.30 nachm., 1. und 2. Weihnachtstages
Voruntersuchung
Originalbesetzung
Ermäßigte Preise

Die Weihnachts-Premiere

im Theater im Admiralspalast

Der neue Edgar Wallace

Auf den Fleck!

Sensationsstück aus Chicago
Unterwelt
mit Ferd. Horst, Max Ehrlich / Harry Frank A. Hörbiger, Trude Burg, Otto Gebauer, Friedrich Eitel, Otto Collin

Deutsche Uraufführung

1. Weihnachtstages Feiertag: Donnerstag, 8. 25. Dezember, 3 1/2 Uhr nachm. 11. und 12. Uhr abdt.

An allen drei Feiertagen: Nachm. halbe Preise im Premierenbesetz.

Der Vorverkauf hat begonnen!

Tel.: Merker 9001, 9077, 9080